

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

31 (6.2.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Ruhestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit 90 z ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 z, Samstags 15 z. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelle 20 z,
auswärts 25 z. Reklamen 80 z. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion: verantwortlich
Sermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Verschärfung der preußischen Krise

Braun lehnt die Kabinettsbildung ab — Rechts und links stehen sich gegenüber

Berlin, 5. Febr. Der Amtliche Preussische
Pressebericht teilt mit, Ministerpräsident Braun hat heute
nachmittags 12 1/2 Uhr dem Präsidenten des preussischen Land-
tags folgendes Schreiben zugehen lassen: „Auf Ihre Mitteilung
vom 30. vorigen Monats über meine Wahl zum Mini-
sterpräsidenten teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich die Wahl
nicht annehme.“

Berlin, 5. Febr. In der heutigen Landtags-Sitzung, deren
Beginn sich um eine halbe Stunde verzögerte, teilte der Präsi-
dent mit, daß der Ministerpräsident Braun die Wahl zum
Ministerpräsidenten abgelehnt habe. Der Ausschuss hat
beschlossen, die Neuwahl am 10. Februar, nächsten Dienstag,
vorzunehmen.

Herr Dr. Körner von der Freipartei verlangt, daß
die Wahl des Landtagspräsidenten auf die Tagesordnung ge-
setzt werde. Der bisherige nur provisorisch gewählte Landtags-
präsident habe sich seinem Amte in keiner Weise gewachsen
gezeigt. Er habe bei der letzten namentlichen Abstimmung als
Präsident fungiert, sich aber durch Stimmhaltung als ab-
wesend bezeichnet, was doch unfinnig sei. Er habe es auch
an der nötigen Unparteilichkeit fehlen lassen, seine Partei
führe besonders Beschwerde, daß er sie nicht gegenüber un-
parlamentarischen Zwischenrufen von der Linken schütze. So
habe er, als ein unverschämter Jude von der Linken Juride
gegen seine Partei gemacht habe... (Der Redner kommt
nicht weiter in seinen Ausführungen, weil er von ungeheurer
Lärm und Schlußrufen unterbrochen wird. Er verläßt die
Tribüne. Sein Antrag wird abgelehnt und das Haus
tritt in die ordentliche Tagesordnung ein.)

Damit ist die Preussische Krise am Wendepunkt des Wie-
gen oder Brechens angelangt. Die Entscheidung lag bei
der Deutschen Volkspartei. Wie mitgeteilt wird,
entschloß sich deren Fraktion einmütig und ohne Debatte
die ihrem Vorsitzenden Dr. v. Campe von Herrn Braun
vorgelegten Fragen bezüglich einer Beteiligung oder einer
neutralen Haltung gegenüber einem Kabinet Braun
abzulehnen. Die Entscheidung der Fraktion wurde
sofort Ministerpräsident Braun mitgeteilt, der darauf
unverzüglich die Konsequenzen zog.

Die Empfehlung des Herrn Wolpe

Berlin, 6. Febr. (Eigener Funddienst.) Der „Vorwärts“
berichtet heute in fastmitleidiger Empfehlung für irgend-
welche Bankgeschäfte, die vom Reichspostminister Hoffe, dem ehe-
maligen Reichsfinanzminister und jetzigen Außenminister Stresemann,
und dem ehemaligen Verkehrsminister Defer unterzeichnet ist.
Der Text lautet: „Hiermit bitte ich der Depositen- und Han-
delsbank Aktiengesellschaft, Neudammstraße, die im
Interesse des Reiches tätig ist, und gewisse wichtige Aktionen
für das Reich vorzunehmen, das unbeschränkte Depositenrecht,
Devisenrecht und die Warenzulassung zu verschaffen. Ich bemerke,
daß die Bank geboten ist und bitte möglichst jeden Versuch zu ver-
meiden.“

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: „Die Depositen- und Han-
delsbank gehörte zu der Zeit, als die Empfehlung gegeben wurde,
mit der größten Reue ihrer Aktien einem Herrn Wolpe. Herr
Wolpe betrieb amtliche Geschäfte für das Reich. Sie bestanden
darin, daß er für die verschiedenen Reichsministerien Geld und
Devisen mit ungeheuren Zwischengewinnen ankaufte. Leider
ließen sich diese Geschäfte nicht lange treiben, der Reichsbank-
präsident fuhr mit einem heiligen Donnerwetter dazwischen. Als
Entschädigung erhielt Herr Wolpe die Empfehlung der drei
Reichsminister.“

Welchen Erfolg hatte die Empfehlung? Einen sehr merk-
würdigen! Der Währungsminister im preussischen Handelsmini-
sterium, Geheimrat Lippert und sein ihm vom Reichsdevisen-
kommissar gestellter Kollege Hellinger, waren über diese Em-
pfehlung einer astorischen Schieberbank durch drei Reichsminister
so empört, daß sie jedes Eingehen auf die Wünsche der Depositen-
und Handelsbank ablehnten. Die Depositen- und Handelsbank
bekam weder Depositenrecht, noch Devisenrecht. Auch der
Vorstand, bei dem das Original des Empfehlungsschrei-
bens liegt, lehnte die Zulassung zur Börse ab. Aber diese
Entscheidung konnte nicht verhindern, daß die Depositenbank auf
die Empfehlung der drei Reichsminister hin, 5 Millionen Mark
Polster ohne jede ernsthafte Deckung anliehen bekam, Gelder
die restlos verlor, waren, als Mannesmann unter bestimmten
Voraussetzungen die Schuld auf sich übernahm.

Die Direktoren der Depositen- und Handelsbank, die Herren
Wolpe und Altkatze, sind kurz nach der Empfehlung durch die
drei Reichsminister mit mehreren Millionen Mark flüchtig ge-
worden, die sie als Kredite von der Staatsbank erhalten hatten,
und werden gegenwärtig fleißig verfolgt. Sowohl Herr
Wolpe wie sein Hauptvertreter Herr Wolpenberg, sind Nicht-
deutsche. Sie stammen aus dem Osten, was ihrer Empfehlung
durch Herrn Stresemann nicht hinderlich gewesen zu sein scheint.
Es liegt uns fern, den beteiligten Ministern einen Vorwurf
zu machen. Es ist viel zu gut und viel zu allgemeinbekannt, daß

Welche Persönlichkeit jetzt in Betracht kommen könnte,
ist noch vollkommen unbestimmt. In den letzten Tagen
wurde vielfach eine Kandidatur des Herrn Herion,
Mitglied des Zentrums, genannt, die aber wieder in den
Hintergrund getreten ist. Man will anscheinend jetzt das
Experiment der Mitte mit wohlwollender Neutralität der
Sozialdemokratie versuchen. Wir halten es aber für aus-
geschlossen, daß nach dem, was vorhergegangen ist, sich
jüngere Partei mit einer Regierung abfinden kann, in der
sie nicht vertreten ist. Links und Rechts steht jetzt auf
hart und hart. Die Kommunisten sind dabei schlangweg
unter rechts zu registrieren. Sie sind mit ihrer Karren-
politik derart verblödet, daß sie als Opposition gegen die
Reaktion nicht mehr in Betracht kommen, sonst hätten sie
diese Krise nicht helfen heraufbeschwören können.

Wenn es nicht anders geht, wird schließlich auch in
Preußen neu gewählt werden müssen. Die Sozialdemo-
kratie braucht diese Wahlen nicht zu fürchten. Die ge-
wöhnliche Art, wie mit der Barmat-Affäre gegen uns zu
fahren gezeigt wird, löst keine kaum noch einen Hund
hinter dem Ofen hervor, und gerade die Kommunisten,
die bei den letzten Reichstagswahlen dem Volk
das Blaue vom Himmel herunter verprochen haben und
ihre vollkommene politische Unfähigkeit durch niedrige
Verleumdung des neuen Systems und seiner
Männer zudecken wollen.

Berlin, 6. Febr. (Eigener Funddienst.) Die Behandlung
der Preussische Krise in der heutigen Morgenpresse, insbesondere
in der „Zeit“ und „Germania“, zeigt eine solche vorsichtige
und vollkommen unbestimmte politische Linie, daß es schwer
ist, aus ihr auch nur die geringste Aussicht zu entnehmen, oder
einen Entschluß zu konstatieren. Was die „Germania“ betrifft,
so hat sie sicherlich die Absicht, der heute um 1 Uhr tagenden
Fraktion nicht vorzugreifen.

zum Beispiel Minister Defer seine Hand nie zu etwas Anstän-
digerem bieten wird, er ist einfach das Opfer einer geschickten Täu-
schung geworden. Aber wie viel schwerer liegt ein Fall, als die
alltägliche Wille an den Herrn Beamten so und so den Herren so
und so zu empfangen und anzuhören?“

Schiedspruch im Bergarbeiterbetrieb

Berlin, 6. Febr. (Eig. Funddienst.) Der Bergarbeiterver-
band teilt mit: Die gestrigen Schlichtungsverhandlungen über
die Arbeitszeit im Ruhrbergbau führten nach 10tägiger Ver-
handlung zu einem Schiedspruch, der in seinen wesentlichen
Teilen den bisherigen Zustand bis zum 30. Dezember 1925 ver-
längert. Nur in der Frage der Arbeitszeit in den Kokereibetrie-
ben wurde eine kleine Verbesserung festgelegt, indem die acht-
stündige Arbeitszeit, die in der bekannten Verordnung des
Reichsarbeitsministers ab 1. 4. 1925 vorgesehen war, ab 1. März
1925 zur Geltung kommt. Für Stöckel-Hölzer wurde die Ar-
beitszeit allgemein um 8 Stunden verlängert. Die Erklärung
trifft für die Betriebe läuft am 12. Febr. ab.

Spritschieber Weber

Die Affäre zieht weitere Kreise
Berlin, 6. Febr. (Eigener Funddienst.) In der Spritschieber-
affäre des Volksparteilers und Freundes Stresemanns Weber
ist im Augenblick in fast einer Wendung eingetreten, als sich
die Untersuchung der Staatsanwaltschaft jetzt auch auf mehrere
Angehörige verschiedener Berliner Zollämter erstrecken wird. In-
zwischen sind 10 Zollbeamte mit sofortiger Wirkung ihres Dien-
stes entlassen worden und zwar Leute im Rang vom Oberzoll-
inspektor bis zum Zollsekretär herab. Von zollamtlicher Seite
wird hierzu folgendes mitgeteilt: „Es ist richtig, daß die Be-
amten zunächst des Dienstes entlassen worden sind, da das Ran-
desfinanzamt Groß-Berlin, dem die Zollämter unterstehen, das
größte Interesse daran hat, Verfehlungen von Beamten aufzu-
decken und gegebenenfalls gegen Schuldige einzuschreiten. Die
richtliche Voruntersuchung muß jedoch erst ergeben, ob diese
Beamten schuldig sind oder fahrlässig gehandelt haben. Unab-
hängig von der richtlichen Voruntersuchung wird später das
Disziplinarverfahren eingeleitet.“

Frage, 4. Febr. Gestern sind hier acht Beamte der Berliner
Polizeidirektion eingetroffen, um den Spritschieber Weber und
seinen Sekretär nach Berlin zu bringen. Die Verbringung kann
erst in einigen Tagen vorgenommen werden, da noch formale
Schwierigkeiten behoben werden müssen. Die Rechtsanwältin der
Verhafteten versuchen die Auslieferung ihrer Klienten an die
deutschen Behörden nach Möglichkeit hinauszuschieben.

Die Revision Rathus verworfen

Berlin, 6. Febr. (Eig. Funddienst.) Der französische
Revisionshof hat die Revision des gegen General v. Rathu-
sius ausgesprochenen Urteils verworfen.

Die Finanzskandale und die reaktionäre Hege

Die Skandalaffären der letzten Zeit werden von der
Rechtspresse in einer Weise ausgebeutet, die keinen Zweifel
darüber läßt, daß es ihr nicht allein um die Ausbeutung dieser
Affären zu tun ist, sondern daß sie einen bestimmten politischen
Zweck, die Diskreditierung der Republik, damit zu erreichen
sucht. Besonders deutlich zeigt dies wieder die Aufmachung, in
der die Berichte über die Verhandlungen im Untersuchungsaus-
schuß des Preussischen Landtags in den Rechtsblättern er-
scheinen. So bringt die „Berliner Börsenzeitung“, die sich bei
diesem Treiben besonders hervortut, einen vier Spalten langen
Bericht eines „Eingeweihten“ über den „Korruptionsapparat
der Barmats“. Wir greifen nur einen Punkt heraus. In dem
Artikel wird u. a. gesagt: „Unerklärlich erscheint in Holland,
warum Herr Ebert von Herrn Barmat abbrückt. Vielleicht hat
er gar nicht gewußt, wie oft Herr Barmat 1921/22 „Liebes-
gabenpakete“ ihm hat zukommen lassen, für die sich Frau Ebert
in schöner Form brüchlich bedankte?“

Zu dieser Behauptung wird vom Büro des Reichspräsi-
denten festgestellt, daß sie vollkommen unrichtig ist. Weder der
Reichspräsident noch Frau Ebert haben Liebesgabenpakete von
Barmat erhalten. Frau Ebert war deshalb auch nicht in der
Lage, sich dafür zu bedanken. Es wird von dem Büro ferner
auf die Feststellung im Untersuchungsauschuß verwiesen, daß
der Reichspräsident im Jahre 1919 eine Abordnung holländi-
scher Gewerkschaften empfangen hat, bei der sich auch Herr
Barmat befand. Seither hat der Reichspräsident keinerlei
Verbindung mit Barmat mehr gehabt.

Wir zweifeln sehr daran, meint die „Frankf. Ztg.“,
daß dieses in aller Form gegebene Dementi auf die Kreise
der Hege irgendwelchen Eindruck machen wird. Dem-
gegenüber scheint es nicht unangebracht, einmal zu sagen,
wie sehr diese skrupellose Agitation
Deutschland im Ausland schadet. Durch die
Art und Weise, in der über diese Dinge berichtet wird,
und durch die Hemmungslosigkeit, mit der jede Tatsache
politisch ausgeschaltet wird, muß im Ausland der Eindruck
entstehen, als ob Deutschland ein einziger
Korruptionsherd sei.

Vor dem Staatsgerichtshof

Berlin, 5. Febr. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der
Republik verurteilte heute den Schriftleiter Louis Karl Drehs-
ler aus Halle wegen Verstoßes des Bodovertrags in 4 Fällen und
wegen Vergehens gegen das Reichsgesetz zu 1 Jahr 9 Mona-
ten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe. Der Angeklagte war
vom Mai bis Juli 1924 verantwortlicher Redakteur des „Klassen-
kampf“ und veröffentlichte in diesem Blatte eine Reihe von Ar-
tikeln durch die, wie der Vertreter der Anklage ausführte, der
Zustand der französischen Republik erfüllt sei.

Die Revision Grans verworfen

Wie die Blätter aus Hannover melden, ist die von
Grans, dem Währungsminister im Saarmanndreizeh, wegen sei-
ner Beurteilung zum Ende eingeleitete Revision verworfen
worden. Das Urteil ist damit rechtskräftig geworden und dürfte
gemeinsam mit dem gegen Saarmanndreizeh gefällten Todesurteil
in Kürze vollstreckt werden.

Eine neue Ente der Reichsminister

Berlin, 6. Febr. (Eigener Funddienst.) Durch die Rechte-
presse geht z. B. eine Meldung, wonach die Parteileitung der
deutschen Sozialdemokratie den Ministerpräsidenten Dezerit
durch ihren Pariser Vertrauensmann habe wissen lassen, daß sie
sehr erlaunt sein werde, wenn das Kabinet mit der gegenwär-
tigen deutschen Regierung in Verhandlungen über die zukünf-
tigen französisch-deutschen Beziehungen eintrete. Dazu teilt uns
der Parteivorstand mit, daß diese Meldung von A bis Z er-
funden ist.

In Sachen der Ruhrkredite

Eine Erklärung der früheren sozialdemokratischen
Minister

Berlin, 5. Febr. Die früheren sozialdemokratischen Reichs-
minister Dr. Hilferding, Robert Schmidt und Sellmann er-
lassen eine Erklärung gegen die Behauptung, daß auch die
sozialdemokratischen Minister der beiden Kabinette Stresemann
für die Entschädigung von 700 Millionen Mark an die Ruhr-
industriellen verantwortlich seien. Dr. Hilferding sei bereits
am 10. Oktober 1923 aus dem Kabinet ausgeschlossen, lange
bevor die Verhandlungen der Ruhrindustriellen und der
Nicom stattfanden. Als im Oktober 1923 die Sechserkom-
mission der Ruhrindustriellen volle Entschädigung für ihre Be-
lastung aus den Nicomverträgen verlangten und beim Reichs-
kabinet Vertragsentwürfe über die Entschädigungen vorgelegt
wurden, hätten sich die sozialdemokratischen Reichsminister schon
in Demission befunden. In der Kabinettsitzung erklärten die
sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder zum Protokoll, daß
sie keine Verantwortung für die vorgelegten Vertragsentwürfe
übernehmen könnten und lehnten deshalb die Beteiligung an
der Beschlussfassung ab. Die drei ehemaligen sozialdemokrati-
schen Reichsminister verwahren sich deshalb entschieden gegen
die Behauptung, sie für eine Politik der unzulässigen Verwen-
dung von Reichsmitteln unter Umkehrung des Budgetrechts des
Reichstags verantwortlich zu machen.

Der Fall Kroner

Die deutsche Justiz kann ruhig und sie kann scharf sein. Am 24. Dezember vorigen Jahres veröffentlichte der Landgerichtsdirektor Dr. Kroner unter dem frischen Eindruck des Magdeburger Urteils im Rothardt-Prozess einen Aufsatz, der von Millionen empfundenen Empörung über eine gegen das Recht und den gesunden Menschenverstand in gleichem Maße verstoßende Rechtsprechung Ausdruck gab. Die beiden juristisch gebildeten Mitglieder des Magdeburger Schöffengerichts, Landgerichtsdirektor Bowersdorf und Amtsgerichtsrat Dr. Schulze fühlten sich beleidigt und klagten gegen Kroner Strafantrag. Schon am 4. Februar ds. Js. fand der Termin zur Hauptverhandlung vor dem Berliner Schöffengericht an. Das Urteil des Schöffengerichts gab zwar dem Verlangen der Herren Bowersdorf und Schulze, die Kroner für lange Zeit seiner Freiheit beraubt wissen wollten, nicht statt, setzten aber immerhin eine Geldstrafe von 3000 M gegen ihn fest. Es ist in Deutschland ungleich gefährlicher, die Mitglieder eines Schöffengerichts, auch wenn ihre Art, sich richtiglich zu betätigen, den heftigen Widerspruch hervorzurufen geeignet ist, an der Ehre zu kränken, als demokratische Minister oder den Reichspräsidenten.

Der Prozess Kroner läßt wieder einmal erschreckend deutlich erkennen, wie gering der Rechtsstand ist, den die deutsche Strafprozedurordnung den in den Schwingen des Straßengesetzes geratenen Opfern gewährt. Kroner dachte nicht daran, sich den Folgen seiner Tat zu entziehen. Er trat mannhaft für sein gutes Recht ein, ein unerhörtes Urteil mit der gebotenen schonungslosen Schärfe zu kritisieren. Aber er wollte, daß das Urteil gegen ihn gefällt werde, nachdem die zweite Instanz in Magdeburg gesprochen haben werde. Mit Recht beürchtete er, daß das Berliner Schöffengericht andernfalls unter dem Eindruck des Urteils des Magdeburger Schöffengerichts stehe und daß dessen Einfluß sich zu seinen Ungunsten geltend machen werde. Hatte doch der Vorsitzende des Berliner Schöffengerichts, Amtsgerichtsrat Ahlsdorf, im Privatgespräch geäußert: „Was wollen Sie, das Magdeburger Urteil ist einmal da, es ist nicht anzunehmen, daß die Richter, die es gefällt haben, bößsläubig waren, und deshalb rechtfertigt die Tat Kroners seine Beurteilung zu einer Freiheitsstrafe von drei bis sechs Monaten.“ Selten war ein im Gerichtssaal gestellter Antrag so wohlbegründet wie der, der die Kronersche Anklage bis nach der Entscheidung des Magdeburger Falles in der zweiten Instanz zu verschieben trachtete. Der Justiz wurde damit nicht zugemutet, mit der Durchführung des Prozesses gegen Kroner lange zu warten, denn die Magdeburger Strafkammer hat Termin für die Berufungsverhandlung bereits auf den 17. Februar angelegt. Gleichwohl wurde der Antrag Kroners abgelehnt.

Daß ein Richter sich vor der Verhandlung einer Strafsache ein Urteil über Schuld und Strafe des Angeklagten bildet, kommt häufig vor. Selten ist es aber, daß er seine An- und Absichten Dritten gegenüber verlauten läßt. Herr Amtsgerichtsrat Ahlsdorf war unvorsichtig genug, zu einem Zeitpunkt, wo er nichts als die Anklagefrist, den Artikel Kroners und dessen Erklärung kannte, in Privatgesprächen Äußerungen zu tun, die ihn entschlossen zeigten, Kroner für mehrere Monate seiner Freiheit zu berauben. Es war dem Angeklagten nicht zuzumuten, einen Mann als Richter über sich anzuerkennen, der vor der Hauptverhandlung sich bereits ein Urteil gebildet hatte, zu dem er doch erst nach Durchführung der Verhandlung berufen ist. Kroner lehnte Herrn Ahlsdorff wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Wurde dem Ablehnungsgesuch in diesem Falle nicht stattgegeben, so können die Bestimmungen über die Ablehnung von Gerichtspersonen aus der Strafprozedurordnung ausgemerzt werden. Denn deutlicher als in den Äußerungen des Amtsgerichtsrats Ahlsdorf wird die Befangenheit eines Richters niemals in die Erscheinung treten. Die sofort zusammenberufene Strafkammer I des Berliner Landgerichts I erklärte die Ablehnung Ahlsdorffs für un begründet. Zwar konnte Herr Ahlsdorff seine zur Kenntnis Kroners gelangten Äußerungen nicht bestreiten. Aber nach seiner und der damit übereinstimmenden Ansicht der Strafkammer waren sie belanglos. „Es ist nicht ungewöhnlich und durchaus verständlich“, so führt die Strafkammer aus, „daß der Richter bereits bei der Bearbeitung und Vorbereitung eines Strafrechtsfalles über die Schuldfrage Klarheit zu gewinnen sucht und daß er vorwiegend bei einer den Richterstand im allgemeinen interessierenden Sachlage in Privatgesprächen mit anderen Richtern sich über das vorläufig gewonnene Bild äußert. Daraus folgt keineswegs die Besorgnis, daß er über die Ergebnisse der Hauptverhandlung parteiisch entscheidet.“ Beiläufig bemerkt, hatte der Angeklagte gar nicht behauptet, daß Herr Ahlsdorff seine Äußerungen in Privatgesprächen mit anderen Richtern getan habe.

Der Magdeburger Landgerichtsdirektor Bowersdorf, der Vorsitzende im Prozess Rothardt, scheint davon überzeugt zu sein, daß seine Prosekution und sein Urteil allen Anforderungen entsprechen, die man billigerweise an einen Richter zu stellen berechtigt ist. Die Verteidigung: Kroner bemüht sich, diese gute Meinung zu erschüttern. Sie stellen unter das Zeugnis des Herrn Bowersdorff, daß er in seinem früheren Wirkungskreise Kottbus als die erste politische Aufgabe der Gegenwart bezeichnet habe, „den Sattlergesellen da oben“ baldmöglichst von seinem Posten verschwinden zu lassen und durch Herrn Luendorff zu ersetzen, und daß er ferner nach dem Urteil von seinen Kottbuser Gefinnungsgenossen als den „Sieger von Magdeburg“ habe beglückwünscht und feiern lassen. Die Verteidigung folgerte aus diesen Vorgängen, daß Herr Bowersdorf an der Färbung des Urteils in einer Sache nicht hätte mitwirken dürfen, in der „er Anklage auf die Entscheidung des Herrn Bowersdorff so sympathischen Zieles der Entfernung des Reichspräsidenten von seinem Amte hinarbeitete. Herr Bowersdorf bewies ein bedauerndes schlechtes Gedächtnis, indem er zu dem ersten Punkt als Nebenkläger erklärte, mangels näherer Angaben könne er sich über die Behauptung der Verteidigung nicht äußern; zu dem zweiten Punkt gebe er

überhaupt keine Erklärung ab. Das Gericht ersparte ihm die Peinlichkeit einer eidlischen Zeugenernehmung, indem es den Beweisanspruch der Verteidigung ablehnte.

Nun waren alle Hindernisse, die der für sein Recht kämpfende Angeklagte seiner Beurteilung entgegenstellte, beseitigt, und der für die Ehre und das Ansehen der Republik und der deutschen Justiz eintretende republikanische Richter konnte unter dem Vorbehalt eines monarchistischen Kollegen zu einer Geldstrafe verurteilt werden, die die von dem Vertreter der Anklagebehörde in Antrag gebrachte um das dreifache überstift. Kroner konnte aber den Gerichtssaal erhobenen Hauptes verlassen. Das Urteil bedeutet eine ehrenvolle Wunde, die er im Kampfe für hohe Ideale erlitten hat.

Konferenz der Landesfinanzminister in Berlin

Berlin, 5. Febr. (Via. Rundfunk.) Am Mittwoch fand in Berlin eine Konferenz der Landesfinanzminister statt, die durch eine Rede des Reichsfinanzministers von Schlöben eingeleitet wurde. Es handelte sich hauptsächlich um den geplanten Finanzausgleich, der die Grundlage der Finanzwirtschaft von Reich, Ländern und Gemeinden auf lange Zeit bilden soll. In seiner außerordentlich wortreichen Rede wies v. Schlöben darauf hin, daß der Finanzausgleich ein Verteilungsproblem sei, dessen Schwierigkeit darin liege, daß eine überschüssige Steuerkraft nicht vorhanden wäre und man den Finanzbedarf der Staatsorgane der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft anpassen müsse. Die Summen, die im Wege des Finanzausgleichs zu verteilen sind, betragen 1875 Millionen Mark. Als Anteile der Länder an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer 3000 Millionen Mark an den Einnahmen der Länder und Gemeinden rund 650 Millionen Mark als Ueberschüsse der Betriebsverwaltung. Das sind insgesamt 3525 Millionen Mark. In den Einnahmen der Länder und Gemeinden sind die Steuern bzw. Grundvermögen usw. mit 666 Millionen Mark enthalten.

Verständlich ist man, daß die Auswirkungen des Krieges und der Stabilisierungskrisis den Ländern und Gemeinden ganz bedeutend höhere soziale Lasten auferlegen als vor dem Kriege, so erweist sich der vom Finanzministerium für sie bereitgestellte Teil der Steuererinnahmen als viel zu gering im Verhältnis zu den Leistungen, die von ihnen verlangt werden. Da hilft keine Mahnung zur Sparsamkeit und keine künftige Maßnahme, wie die Aufrechterhaltung des Besoldungsparagrafen, die nach den Wünschen des Kabinetts Luther um 2 Jahre verlängert werden soll.

Ein neuartigen Gedanke in der Rede v. Schlöbens war die Ankündigung der „horizontalen“ Verteilung der Steuern. Während bisher Länder und Gemeinden weit übermäßig an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer, das Reich dagegen überwiegend an der Umsatzsteuer beteiligt sind, will man jetzt einen Ausgleich herbeiführen, und zwar soll das Reich 33 1/2 Proz. der Einkommen- und der Körperschaftsteuer erhalten, während für die Länder und Gemeinden 66 1/2 Proz. vorgesehen sind. Das Verhältnis bei der Umsatzsteuer ist 70 Proz. für das Reich und 30 Proz. für Länder und Gemeinden. Die wahre Tendenz dieser Neuordnung ist ganz offenbar ein weitgehender Verzicht des Reiches auf direkte Steuern und eine um so größere Abhängigkeit der staatlichen Zentralgewalt von Erträgen der indirekten Steuern. Das ist die Finanzpolitik des kaiserlichen Deutschlands gewesen, das sich mit Händen und Füßen gegen eine Uebertragung der direkten Steuern auf das Reich wehrte und so das Reich zum Kostgänger der Bundesstaaten machte. Finanzpolitische Reaktion also kennzeichnet das v. Schlöbenssche Programm des Finanzausgleichs.

Die Finanzminister der Länder haben auf den Vortrag des Herrn v. Schlöben die rechte Antwort erteilt, indem sie in einer Entschiedenheit die geplante Neuordnung als eine untragbare finanzielle Verschlechterung für die Länder und Gemeinden ebenso wie den bisherigen Finanzausgleich ablehnten. Sie forderten für einen einseitigen Finanzausgleich die Rückgabe der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit Einschluß der Steuern vom Kapitalertrag. Die endgültige Neuordnung soll möglichst im Laufe des Monats April 1926 erfolgen. Die Länder forderten weiter eine Erhöhung ihres Anteils an der Umsatzsteuer über 30 Proz. hinaus.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß an die Rückgabe der Einkommen- und Körperschaftsteuer an die Länder in absehbarer Zeit nicht zu denken sei. Am Schluß der Besprechung wurde eine Kommission zur weiteren Beratung des Finanzausgleichs eingesetzt.

Hungertod eines österreichischen Generals

Unter diesem Titel macht ein Artikel die Kunde durch die bürgerlichen Zeitungen Deutschlands. Der Inhalt schildert die Not der österreichischen Pensionäre aus dem Offiziersstande, besonders alter Generale, die zum Teil keine Pension erhalten, weil sie frühere ungarische Staatsangehörige sind, für die Oesterreich nun nicht aufkommt, aber auch Ungarn verweigert die Pensionszahlung, weil sie auf die ungarische Staatsangehörigkeit verzichtet haben. In einer solchen läßlichen Lage war nach dem Inhalt des betreffenden Artikels der frühere Feldmarschallleutnant Leo Leberle, der tatsächlich verhungert ist. Nicht viel besser ergiense es dem 68jährigen Feldmarschallleutnant Valass v. Valasshaza. — Der Fall des verhungerten Generals ist sicher sehr traurig, wenn die Darstellung wie beschrieben stimmt. Und sie dürfte stimmen. Die Zentralbehörden zur Wahrung der Rechte der pensionierten Militärs wurde ins Leben gerufen, der die Lage dieser Bedauernswerten etwas erleichtern soll. Diese Unternehmung dürfte sich wohl auf eine öffentliche Sammlung beschränken.

In welcher beneidenswert günstigen Lage befinden sich dagegen die früheren Offiziere des deutschen Kaiserreichs durch die weitgehende Fürsorge der deutschen Republik! Nicht der jüngste Leutnant hat die Anmeldung seiner früher etwa erworbenen Ansprüche verweigert. Und die deutsche Republik hat sie weitgehend nach dem Wunsch des früheren Offiziers mit den Steuerbefreiungen des republikanischen Volkes erfüllt. Kein Pfennig ist den Herrschaften entwertet. Im Gegenteil war ihnen sogar das frühere Gesetz nicht weisheitsgemäß genug, daß sie sich bemüht hätten, das Recht zu verfallen. Wenn sie einmal als Oberstleut-

nant den Dienst eines Obersten versehen, ohne Oberst zu sein, verlangen sie Oberistenpension! Und das Gericht einer deutschen Republik hat sogar auch diese Forderung erfüllt, welche eine laienrechtliche Regierung nie anerkannt hätte.

In Deutschland verhungert kein früherer Offizier, geschweige denn ein General, obwohl die meisten der Republik noch nicht den geringsten Dienst erwiesen haben, wohl aber die Republik bekämpfen als Zofeind. Vielmehr befinden sie sich als Pensionäre mit auskömmlichen Gehaltsätzen schon für den jüngsten Leutnant, meist noch in auskömmlichen Abstellungen aufgrund von Freundschaften und sonstigen Beziehungen, und nehmen dadurch vielen bedürftigen Arbeitnehmern die Brotstelle weg. Dies trifft auf pensionierte Offiziere bis zum Hauptmannrang zu; pensionierte Stabsoffiziere finden sich schon in gehobenen Stellungen in größeren Werken, Banken, Redaktionen usw.; pensionierte Generale aber haben meist eine Nebenbeschäftigung im Stellungsverhältnis nicht nötig, denn deren Pensionsätze sind derart gehoben, daß sie sich Luxus, Diener und Dienstmädchen leisten können. Über auch diese höchstrentierten Herrschaften der Republik läßt sich noch öfter eine Vermittlerrolle ausüben, oder es zieht sie, zum Ruhm des Heilberns nach dem Ruhm des Künstlers zu erimmen und sie gehen öfter unter die „Schriftsteller“, indem sie alte Dienstbücher abschreiben, oder in Kriegs- oder Veteranenvereinen mitwirken. Luendorff war bekanntlich auf diesem Gebiet ein größerer Meister, denn als Feldherr oder Politiker, denn er hatte keine deutschen Erinnerungen gegen Dollars nach Amerika verkauft. Aber die Generale, die keine Nebenbeschäftigung haben, sind so reichlich pensioniert, daß sie sich längst ein Sparkonto haben einrichten können. Und Luendorffs Pension ist so groß, daß er seine liebe Not hat, sie klein zu kriegen. Aus diesen Gründen läßt er sich in zweifelhafte Etreiterien mit wirklich früheren Fürsten ein, der er durch Stiefelkosten das übrige Geld der Republik wieder los wird; oder aber er reist, reist so lange, bis er sich plötzlich zufällig wieder irgendwo befindet, wo es zum Krieg gegen die Republik kommt.

Unsere früheren Offiziere befinden sich also alle in der denkbar besten Pensionsstellung der deutschen Republik, während ihre Kollegen in Oesterreich Hungers sterben. Ist den deutschen Offizierspensionären die läßt Lage ihrer österreichischen Kameraden bekannt? Wenn ja: Warum schicken sie ihre Kameraden nicht vor dem Hungertode? Dem österreichischen Verbande zur Wahrung der Interessen ihrer Schützlinge sei empfohlen, sich im Falle von Sammlungen in erster Linie an die deutschen pensionierten Offiziere zu wenden (Adresse: Deutscher Offiziersverband). Hier ist die Stelle, die helfen kann und zwar so kräftig lebhaft aus den Beträgen der Pensionen — abgesehen von den Einkünften sonstiger Tätigkeit — daß jeder österreichische notleidende Offizier nicht nur vor Hungersterben geschützt ist, sondern ein gut bürgerliches Leben führen kann und zwar besser, als mancher deutsche Arbeiter. Bisherige des deutschen Volkvermögens wie Luendorff und viele andere, konnten jeder für sich alle zwei oder drei österreichische Kameraden bis zum Lebensende pensionieren. Aber von solcher Großzügigkeit dem lieben Nächsten gegenüber hat man gerade aus diesen Kreisen noch nichts gehört; das Unterwühlen der Republik liegt ihnen besser.

Bemerkenswert ist noch, daß sich die deutsche bürgerliche Presse dieses Falles sehr dreist annimmt. Wenn aber ein deutscher Künstler verhungert, wie es schon oft vorgekommen ist, erfolgt höchstens eine kurze Meldung, die zudem über die unangenehme Angelegenheit des Hungertodes ziemlich unvorsichtig hinweggeht.

Verleumdungsprozess Auer

München, 3. Febr. (Via. Bericht.)

In Auer-Prozess wurde am Dienstag zunächst ein Brief von dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Herrn von Raab verlesen, worin dieser mittels, daß er über den Glanzmundig Auer zu seiner Wahl zum Ministerpräsidenten im März 1920 keine Auskunft geben könne, da er vom Amtsentlassungsbeschluss nicht entbunden sei.

Von den dort vernommenen Zeugen ist in erster Linie die Aussage des von den Befragten geladenen württembergischen Abgeordneten Luftmann von Bedeutung. Nach den Angaben der Befragten soll Luftmann unter Ministerium Auer eine Bürgerwehr zur Bekämpfung der Revolution im Laufe des November und Dezember 1918 in München wiederholt ins Leben zu rufen verjagt haben. Der Zeuge gab darüber folgende Schilderung: Die Bürgerwehr wurde von mir in den allerersten Tagen nach Ausbruch der Revolution gegründet. Wir wollten zunächst konservative Männer und Verbindung mit dem König bekommen, um diesen zu veranlassen, seinen Verzicht auf den Thron auszusprechen. Ich mußte dabei die Erlaubnis machen, daß die hohen Offiziere, an die ich mich wendete, die Führung in dieser Bewegung wüßten, in der schmachvollsten Weise verstanden. Nach einigen Tagen habe ich eingeschrieben, daß aus nichts zu machen war. Da es nicht möglich war, auf gewaltsamen Wege die alte Staatsform noch zu retten, richteten wir unser Ziel auf das Aufstehenkommen einer versöhnungsbereiten Verfassung in Bayern. Wir bewarben uns deshalb bei dem Innenministerium um Waffen. Der Ministerpräsident Rothhaupt erklärte zwar, daß er nichts dagegen habe, wenn wir in München eine Bürgerwehr gründeten, bei den freien Gewerkschaften fanden wir aber die schärfste Opposition. Durch den Ueberfall auf die Wohnung Auers in der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember wurden wir erst recht veranlaßt, eine Bürgerwehr auszubauen. Ich sammelte Unterschriften, machte allerdings dabei wiederum bei der Bürgerwehr und den bürgerlichen Parteien die niederstimmtesten Erfahrungen. Dagegen erklärte Minister Auer am 24. Dezember, er bewahre, daß aus der Bürgerwehr noch nichts geworden ist. Er als Soldatendemostrant sei demnach auch am jede Ueberzeugung zu ehren. Er achte das Wort des Volkes, wenn es sich zur Wahl aufgerufen werde, um über die weitere Gestaltung des Staates zu bestimmen. Am 28. Dezember, morgens 9 Uhr, holte ich Auer aus dem Bett, um seine Unterschrift für einen Aufruf zur Bildung der Bürgerwehr zu erhalten. Er erklärte sich nach langem Überlegen bereit. Auch vom Justizminister Kamm erhielt ich die Unterschrift, dagegen erklärte Minister Rothhaupt, daß nur das Gesamtministerium über diesen Aufruf Bescheid fällen könnte. Die Bildung der Bürgerwehr kam aber noch nicht zustande, weil zuvor die Verfassung des preussischen Reiches durch den revolutionären Arbeiterrat stiftet. Auer war gerade in Stuttgart. Ich fuhr ihm entgegen und berichtete ihm über die Vorgänge in München. Darauf erklärte er, daß er jetzt mit Eisner abreden müsse. Am 30. Dezember brachte dann Toller im Preussischen Nationalrat eine Interpellation gegen Auer ein. Dieser, der sich in der Stellung des Anklägers befand, ergriff das Wort und erklärte am Schluß seiner Rede, daß er von der Bürgerwehr keine Ahnung habe. Auer und Toller zogen dann ihre Unterschriften zurück, und Eisner gab im Namen des Ministeriums die Erklärung

Aufwertungsdebatte im Reichstag

Der deutschnationale Aufwertungs-Kampfbund bloßgestellt — Die Deutschnationalen stimmen gegen ihren eigenen Antrag

Berlin, 5. Februar.

Beginn 1 Uhr nachmittags. — Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen die Hgg. Schulz-Königsberg (Soz.) und Knoenen (N.) werden zunächst vorbehaltlos dem Geschäftsausschuss überwiesen.

Dann begründet Abg. Dr. Wunderlich (D.D.P.) einen auch von anderen bürgerlichen Parteien unterstützten Antrag auf Aufhebung des Verfallsrechts vor Gericht und Aufwertungsstellen. Der Antrag will verhindern, daß jetzt noch durch Entscheidungen im letzten Stund der bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung der Aufwertungsfrage vorgegriffen wird. Das Gericht soll nach dem beantragten Entwurf auf Antrag des Gläubigers die Verhandlung einstellen können.

Abg. Keil (Soz.):

gläubte, daß der Gesetzentwurf in den Kreisen der Gläubiger und Sparrer große Verwunderung hervorgerufen werde. Was sei von den Vertretern der Deutschnationalen im Wahlkampf eigentlich übrig geblieben? Der Aufwertungsantrag sei mit einer Plut von Anträgen bedacht worden, die förmlich rasche Aufwertung verlangten, und zwar auf Grund der bestimmten Ankündigungen der Deutschnationalen, als sie sich noch in der Opposition befanden. Jetzt als Regierungspartei haben sie im Aufwertungsantrag gegen ihren eigenen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zur 3. Steuernotverordnung gestimmt. Schon in den ersten Tagen dieses Reichstages wurde ein Gesetzentwurf über die endgültige Lösung der Aufwertungsfrage angekündigt. Statt dessen wurden die Gläubiger durch diesen deutschnationalen Antrag plötzlich überfallen, der in keinem Verhältnis steht zu den großen Worten, die sie über die Aufwertung gemacht haben. Erst beantragten die Deutschnationalen die Aufhebung der Notverordnung vom 4. Dezember 1924. Der Aufwertungsantrag sollte diesen Antrag schleunigst erledigen; er hat bisher vier Sitzungen abgehalten, aber mehrwöchigerweise wurde die Erledigung des Antrags durch die Antragsteller selbst verhindert. (Sört, hört!)

Die Notverordnung vom 4. Dezember wurde nun aus sachlichen und rechtlichen Gründen angefochten; sie stellt einen Mißbrauch des Art. 48 der Reichsverfassung dar, und der Vater der Reichsverfassung Dr. Preuß erklärte sie für eine juristische Ungeheuerlichkeit. Heute endlich wurde im Ausschuss über den deutschnationalen Antrag abgestimmt, und dabei stimmten die Antragsteller gegen ihren eigenen Antrag (Sört, hört!). Der Reichsfinanzhof in München hat die Notverordnung vom 4. Dezember für ungültig erklärt. Um endlich Rechtssicherheit zu schaffen, brauchen wir eine neue gesetzliche Regelung. Das Verhalten der Deutschnationalen erklärt sich nur aus politischen Gründen. Sie wollen dem Reichsanwalt Rauter, der für die Notverordnung vom 4. Dezember verantwortlich ist, seine Späterkeiten machen. Wir beantragen nun zu dem vorliegenden Antrag die Einberufung des ersten deutschnationalen Antrags auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. Dezember. Gewiß, das Aufwertungsproblem ist schwierig, wir haben auch nie eine hundertprozentige Aufwertung versprochen, sondern wollten uns in den möglichen Grenzen halten.

Aber gelöst werden muß das Problem so schnell wie möglich. In erster Linie können die Notverordnungen, die keinen Sparrer und diejenigen Institute dabei bedacht werden, die ihres Sparrmangels beraubt sind. Die Mittel für die Aufwertung mögen diejenigen hergeben, die sich in der Inflationszeit bereichert haben. Die Deutschnationalen haben im Wahlkampf so getan, als hätten sie ein fertiges Projekt für die Aufwertung schon in der Tasche. Wo ist dieses Projekt? Die Deutschnationalen haben sogar den Aufwertungs-kampfbund Dr. Welt zu ihrem Kandidaten gemacht, und dadurch viele arme Leute veranlaßt, deutschnational zu wählen.

Wenn kommen Sie nun mit Ihren Vorschlägen?

(Rufe rechts: Das überlassen Sie uns!) Infolgedessen ist das Volk mißtraulich geworden, und nun melden sich schon die Schuldner in den Wirtschaftsvorständen und verteidigen ihre heiligsten Rechte. Aber die Gläubiger sind den Deutschnationalen ins Garn gegangen. Die Ruhrindustrie hat ein Geschenk von 700 Millionen Markt bekommen. Wir sehen dem angekündigten Gesetzentwurf der Regierung über die Aufwertung mit äußerster Spannung entgegen. Den angekündigten Gesetzentwurf werden wir sehr aufmerksam prüfen. Bei der Besprechung der Ländervertretungen mit der Reichsregierung war es auffallend, daß gerade die deutschnational orientierten Regierungen von Thüringen und Mecklenburg sich mit aller Kraft einer Aufwertung über die Dritte Steuernotverordnung hinaus widersetzt haben. Der Redner beantragt schließlich Befristung der Geltungsdauer des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs bis zum 30. April ds. Js.

Abg. Lampe (Wirtsh. Vng.) bezieht den vorliegenden Gesetzentwurf und erhofft von ihm eine beruhigende Wirkung auf die kleinen Gläubiger und Sparrer. Der Entwurf sei natürlich nur eine vorläufige Zwischenlösung. Die Rückwirkung der Hypothekenaufwertung müsse im Rahmen des Möglichen durchgeführt werden.

Abg. von Kisthollen-Dannover (Dem.) hält den Zeitpunkt für eine materielle Erörterung der Aufwertungsfrage nicht für gekommen. Das Ziel, vor der endgültigen Lösung der Aufwertungsfrage den Gläubigern einen Aufschub zu verschaffen, sei durch den vorliegenden Entwurf der Antragsteller nicht erreicht, weil er nur eine Kanndorschritt enthält, aber von den Demokraten die Umwandlung der Bestimmung in eine Kanndorschritt beantragt wurde. Dieser beantragten die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten eine Befristung der Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 30. April. Eine weitere Sinauschiebung der endgültigen Lösung der Aufwertungsfrage ist nicht zu wünschen.

Der Arbeiter. (Im Ruhrgebiet vertritt man wahrscheinlich das Gegenteil. D. Red.) Außerdem verlangte er, daß alle kommunistischen Vergarbeiter dem Vergarbeiterverband beitreten, um den kommunistischen Einfluß zu verschaffen. Als in Laufe der Aussprache einige Betriebsräte gegen Köhnen polemisierten und erklärten, daß keine Partei, also auch die K.P.D. nicht, in die Gewerkschaftsführung hineingeworfen habe, wurde von der Leitung verlangt, daß im bevorstehenden Kampf nicht die Vergarbeiter-Gewerkschaft die Führung haben dürfe, sondern daß die K.P.D. diese mit der Forderung nach einer Prozentigen Lohn-erhöhung an sich reißen werde.

Der Kampf der Eisenbahner

In geschlossener Front haben am Dienstag die gesamten Eisenbahnerorganisationen beschlossen, mit der Reichsbahn-

frage sei wirtschaftlich einfach nicht tragbar. (Sehr wahr!) Auch wir bedauern die Art, wie die Deutschnationalen mit übertriebenen Aufwertungsverprechungen ihre Wahlkandidatur betrieben haben. Wir Demokraten haben uns davor gebüht (Widerpruch und Lachen rechts). Gegen die Aufhebung der Notverordnung vom 4. Dezember 1924 bestehen in diesem Augenblick noch wesentliche Bedenken.

Reichsjustizminister Trenten: Namens der Reichsregierung wiederhole ich die im Ausschuss bereits abgegebene Erklärung, daß die Reichsregierung binnen drei Wochen einen neuen Entwurf eines Aufwertungsantrages den gesetzlichen Körperschaften zuleiten wird und daß sie auch in allen Stadien der Verhandlung beistehen wird, die Angelegenheit nach Kräften zu fördern. (Beifall.)

Abg. Dr. Schetter (Zentr.) wendet sich gegen die von den Sozialdemokraten beantragte Aufhebung der Notverordnung vom 4. Dezember. Er stimmt dagegen dem demokratischen Antrag zu, der die Kanndorschritt in eine Kanndorschritt umzuwandeln will.

Abg. Seiffert (N.S.) erklärt, die Freunde der Aufwertungsfrage hätten das größte Interesse an einer schnellen Annahme des vorliegenden Entwurfs, damit endlich eine gewisse Rechtssicherheit und Ruhe bei den Gläubigern und Sparrern eintrete.

Abg. Dr. Steininger (D.N.): Es ist zu begrüßen und mit großer Gemutung entgegenzunehmen, daß die Sozialdemokraten meinen Aufwertungsantrag möglichst schnell durchbringen und sogar den Reichstag Gesetzentwurf annehmen wollen. Der Abg. Keil hat sich inzwischen zu einem Aufwertungsantrag entwickelt. Es ist aber für die Sparrer und Gläubiger offenbar ganz gut, daß die Lösung der Aufwertungsfrage nicht schon im Februar erfolgt ist, wo die Aufwertungsfrage noch nicht so zahlreich waren. Der lange Entwurf des Abg. Welt konnte wegen der vielen Anregungen aus dem Lande noch nicht fertiggestellt werden. (Lachen bei den Soz.) Wir sehen in der Aufwertungsfrage keine Parteifrage, sondern eine Frage von Gerechtigkeit und Billigkeit. (Beifall.) Dem sozialdemokratischen Antrag können wir nicht zustimmen. Wir können in diesem Augenblick nicht alles erreichen. Wir wollen in der Aufwertungsfrage die Regierung auch weiter unter hohem Druck halten, gerade weil uns der Gegenstand der wirtschaftlichen Spitzenverbände bekannt ist. Dem demokratischen Antrag auf Umwandlung der Kanndorschritt in eine Kanndorschritt werden wir zustimmen, den sozialdemokratischen Antrag müssen wir gegenwärtig noch ablehnen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Es ist doch Ihr eigener Antrag!)

Abg. Hölle (Komm.) bespricht die Politik der anderen Parteien in der Aufwertungsfrage als Demagogie. Die Wirtschaftslage in Deutschland sei ein künstliches Erzeugnis der Schwerindustrie zur Enteignung der kleinen Gläubiger und Sparrer.

Abg. Ströbel (Soz.) wendet sich gegen die Redner der Rechten. Nach den weitgehenden Verprechungen bei der Wahlkandidatur sei es nicht richtig, wenn die Deutschnationalen die Regierung unter hohem Druck halten, sie müßten endlich mit ihren Vorschlägen herauskommen.

Damit schließt die erste Beratung. In der zweiten Beratung stellen die Sozialdemokraten den vor längerer Zeit von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. 12. 1924 zur namentlichen Abstimmung. Diese Notverordnung erklärte, die dritte Steuernotverordnung mit ihren Ausführungsbestimmungen für rechtsunfähig auf Grund des Art. 48. Der Aufhebungsantrag wurde mit 235 gegen 144 Stimmen abgelehnt, dagegen stimmten auch die Deutschnationalen. (Seitens bei den Soz.) Der Gesetzentwurf wird dann angenommen mit der von den Demokraten beantragten Umwandlung der Kanndorschritt in eine Kanndorschritt. Das Gesetz soll bis zum 30. April ds. Js. gelten.

Gegen 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag nachmittags 1 Uhr: Auf der Tagesordnung bleibt die Einzelberatung des Etats des Arbeitsministeriums.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages setzte die Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums fort. Von verschiedenen Abgeordneten wurde die Forderung aufgestellt, daß die Zustimmung des Reichshaushaltsgesetzes, wonach die Reichsregierung kein Einpruchsrecht gegenüber Bezügen der leitenden Beamten zuziehen geändert wird. Ferner wurde die Schwere für die Arbeitszeit der Eisenbahner angefordert. Am Schluß der Aussprache wies der Reichsfinanzminister auf die Schwierigkeiten seiner Stellung gegenüber der Reichsbahnorganisation hin, da nach den bestehenden Gesetzen das Kontrollrecht des Reichstages gegenüber der Reichsbahnorganisation eingeschränkt worden sei. Er gab aber die Versicherung ab, daß er die dem Reich verbleibenden Kontrollrechte mit allen Nachdruck wahren und ausüben werde.

Im Aufwertungsantrag des Reichstages erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß die Regierung in spätestens drei Wochen dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der die endgültige Lösung der Aufwertungsfrage bringen würde. Der Aufwertungsantrag werde den Gesetzentwurf rechtzeitig zur Kenntnis erhalten, damit ihm so schnell wie möglich Gelegenheit gegeben werde, die näheren Einzelheiten des Gesetzentwurfs zu prüfen. — Ein Vertreter der Sozialdemokratie verlangte, daß sofort in die Debatte über den deutschnationalen Antrag eingetreten werde, wonach befanntlich die auf Grund des Art. 52 der Reichsverfassung erlassene Notverordnung des Reichspräsidenten zur Aufwertungsfrage vom 4. Dezember 1924 aufgehoben werden soll. Nach längerer Debatte wurde ein deutschnationaler Antrag, die auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung zur Aufwertung erlassene Notverordnung des Reichspräsidenten aufzuheben, abgelehnt. Dafür stimmten die Demokraten und Sozialdemokraten.

Reichsbahnorganisationen in Lohn- und Gehaltsverhandlungen über die Erhöhung der Bezüge und über die Auflösung der Arbeitszeitfrage ermaten.

Der Schritt der Eisenbahnerorganisationen ist insofern von besonderer Bedeutung, als die sogenannten Tarifkontrahenten der Reichsbahn, d. h. die Arbeiterorganisationen die Lohn- und Arbeitszeitarangelegenheiten des Tarifvertrages zum 28. Februar gekündigt haben. Das gesamte Reichsbahnpersonal fordert also schleunigste Erhöhung der Bezüge und Verringerung der Arbeitszeit.

Arbeiter agitiert für die Parteiliste!

ab, daß die Bildung der Bürgerwehr abgelehnt sei; er behauptete, daß einzelne Mitglieder der Regierung unter irrtümlicher Voraussetzung den Aufruf unterschrieben hätten.

Ku er erklärte in dieser Darstellung des Zeugen Bittmann u. a.: Demals war die Situation so, daß man annahm, auf Seite der Sozialisten werde losgeschlagen. In der Türfenstehende wollte man dem zuvorkommen. Ich habe meine ganze Autorität einsetzen müssen, um zu verhindern, daß etwas Militärisches unternommen wurde. Heute ist es leicht zu sagen, daß ich damals ein Doppelspiel gespielt habe. Ich war damals Minister und hatte nicht für meine Person zu handeln, sondern im Interesse des ganzen Landes.

Nach weiteren Zeugnisaussagen, die nichts Wesentliches ergaben, beschloß das Gericht, die Beweisaufnahme zu schließen und die Verhandlungen auf Donnerstag vormittag zu vertagen.

Der „Kronprinz“ demonstriert!

Zu der Breslauer „Volkswehr“ lesen wir: Als der Kronprinz sich die Erlaubnis zur Rückkehr nach Oels erwirkte, hat er befanntlich feierlich versichert, politisch nicht hervortreten zu wollen. Tatsächlich hat er sich auch anfangs zurückgehalten. Die Verehrer des hochgeborenen Lebemanns mußten schon Konzerte und ähnliche neutrale Veranstaltungen benutzen, um ihm ihre unwandelbare Unterwürfigkeit zu demonstrieren. Nicht ganz so zurückhaltend bleibt seine Frau Cecilie, die den unglücklich gewordenen Titel „Kaiserliche Hoheit“ unter Mißbrauch von Wohlfahrtsorganisationen nie ganz zu propagieren aufhörte.

Jetzt hat die Justiz dem Sohn Wilhelms des Rechten in zweiter Instanz zum Schaden des Staates seinen reidenden Stammsitz als Privatgut zugesprochen. Fast gleichzeitig sind die deutschnationalen Monarchisten in die Reichsregierung eingegangen, freilich unter Ablegung von Eiden für die Republik. In Preußen stützte das Kabinett Braun-Seydewitz und seine Nachfolger ist noch ungewiß. Dieser Augenblick scheint Cecilie offenbar der richtige zu sein, um auch ihren Mann endlich einmal in eine politische Linie vorzuführen. Offenbar nimmt sie die republikanischen Eide der gegenwärtigen Minister nicht allzu ernstlich und die Versprechungen anlässlich der Rückkehr des Kronprinzen auch nicht. Ergebnis: am Samstag erstmalige Demonstration des Oels-Büßers an einer öffentlichen politischen Demonstration, natürlich im reaktionären Sinne. Ort der Handlung: Breslau, Silesius-Busch.

Die schlesische Landbäuerparade unter Führung von Nicht-Weisen-Bogomilow schien der Familie Hohenzollern der gegebene Ort dafür. Der Herr aus Oels fuhr vor, wurde vor dem Fiskus mit größter Devotion empfangen, nach einem ausgiebigen Zeugenbericht sogar mit Handfuß (!) eines Beamten der Republik, der sich anscheinend sogar im Dienst befand. Für heute stellen wir fest, daß selbst die „Schlesische Zeitung“ zugibt, es sei nunmehr eine große Ovation der Agrarier für den früheren Thronerben erfolgt. Offensichtlich monarchistische Demonstrationen sind also wieder möglich! Der reaktionär-politische Charakter der Landbäuer-Tagung geht aus dem Bericht der „Schlesischen“ natürlich nur eindeutig hervor, falls jemand etwa noch daran zweifeln sollte, was Oels Kinder die im Nichtstun sind. Schlußwort, nationale Enttäuschung über Oels, das doch den schlesischen Agrariern zurzeit der Verhandlungspolitik so gleichgültig war, parteipolitisch lächerhafte Darstellung der Fülle Barment-Auslöser fuhren den Anfall der Reden und Resolutionen, die sich natürlich wieder in erster Reihe gegen Sozialismus und Demokratie wandten.

Mit der öffentlichen Förderung dieser Kulteure der Junker hat der Herr aus Oels seine politische Laufbahn begonnen. Wir gratulieren ihm und uns dazu!

Gewerkschaftliches

Was geht in der Zigarrenindustrie vor?

Ueber den am 20. Dezember 1924 gefällten Schiedsspruch, welcher ab 1. Januar eine Prozentige Lohnregelung gebracht hätte, den die Zigarrenfabrikanten abgelehnt hatten, die Organisationsvertreter der Arbeiterschaft aber die Rechtsverbindlichkeit beantragten, fanden erneute Verhandlungen im Auftrage des Reichsarbeitsministeriums am 28. Januar in Berlin statt. Auch bei diesen Verhandlungen erklärte der Vertreter des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller seinen Wunsch, Lohnherhöhung bewilligen zu können. Jetzt hat das letzte Wort der Reichsarbeitsminister Dr. Braun. Ob dieser nun den Spruch seines Vertreters rechtsverbindlich erklärt wird, wird die nächste Zukunft lehren.

Die Auffassung der Arbeiterschaft ist allgemein, daß es schon eine besondere Rücksichtspflicht bedeutet, daß so spät die Verhandlung angehängt wurde, da schon am 10. Januar die Rechtsverbindlichkeit beantragt wurde. Dem Reichsarbeitsministerium ist die traurige Lage der Zigarrenarbeiterschaft zur Kenntnis gelangt, jedoch man annehmen könnte, die Rechtsverbindlichkeit wäre eine selbstverständliche Sache. Herr Schöning, Vorsitzender des Reichsverbandes deutscher Zigarrenfabrikanten hat, wahrscheinlich pro domo, erklärt, sollte der Schiedsspruch rechtsverbindlich erklärt werden, daß dann alle Zigarrenarbeiter ausgebeutet werden müßten. Dieser brutale Herrentendenzpunkt muß allen Zigarrenarbeitern die Augen öffnen, daß ohne Einigkeit innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation die Lohnfrage nicht geregelt werden kann, im Sinne der Arbeiterschaft.

Wenn auch in letzter Zeit das Organisationsverhältnis wesentlich besser geworden, so muß alles daran gesetzt werden, daß der letzte Zigarrenarbeiter dem Zigarrenarbeiterverband sich anschließt. Dann werden die Bäume für die „aufstrebenden“ Zigarrenfabrikanten nicht in den Himmel wachsen.

Zigarrenarbeiter allerorts wacht auf, es ist die höchste Zeit, es geht um Eure Existenz.

Nur Einigkeit, solidarisches Handeln innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation sichert uns eine bessere Zukunft.

Ein Reifall der K.P.D.

Der Betriebsrätekonferenz der mitteldeutschen Bergleute, den kommunistischen für Sonntag nach Halle einberufen hatten, besitzte für die K.P.D. einen schweren Reifall. Von den 2000 Betriebsräten des mitteldeutschen Bergbaus waren nur etwa 30 erschienen, der Kongreß war insgesamt nur von 66 Personen besetzt. Nichts beweist seine Bedeutungslosigkeit und gleichzeitig die Einfluchtlosigkeit, zu der die K.P.D. in Mitteldeutschland herabgelassen ist, mehr als diese Tatsache. Dabei hat die kommunistische Partei die Kosten getragen und auch die Unorganisiertes herangezogen. Als sich der Fehlschlag nicht beheben ließ, wurde einfach erklärt, daß die 30 Delegierten die 2000 Betriebsräte „vertreten“. Dabei waren sehr wichtige Revertiere, so z. B. das Weistal und das Bitterfelder Revier überhaupt nicht vertreten. Das Referat hielt Köhnen, der erklärte, das Kampfhochzeitungen der Vergarbeiter bis zum 28. Febr. beendet sein müßten. Die Delegierten im Ruhrgebiet setzen schon kampfbereit und warteten nur noch auf die mitteldeutschen

Verhandlungen des Untersuchungsausschusses in der Barmataffäre

Weitere Vernehmung Heilmanns

Siebenter Tag

Berlin, 7. Febr. Der Ausschuss tritt in die weitere Vernehmung des Zeugen Heilmann

ein. Vorsitzender Dr. Leibig fragt, ob Barmat mit Heilmann auch über seine Beziehungen zur Staatsbank gesprochen habe, die bis zum Jahre 1923 zurückgehen. Heilmann entgegnet, er habe seit 1923 gemußt, das Barmat in irgendwelchen Beziehungen zur Staatsbank stand. Einzelnheiten habe er bis zum 8. Dezember 1924 nicht erfahren. Darum hätte die „Rote Fahne“ allerlei Enthüllungen gebracht, und er habe daher Barmat um Aufschluß gebeten. Barmat habe ihm sehr eingehend dargelegt, wie er die Dinge sah. — Dr. Leibig: Waren Sie auch in dieser Art Ehrenpflichtig? — Heilmann: Diese Beraterpflicht ist im Laufe der Jahre in dem Maße verloren gegangen, als sich das Unternehmen erweiterte. Im letzten Jahre kam von einer solchen Beraterpflicht überhaupt nicht mehr in Frage. Zahlreiche Sonntagsbesuchern hätten sich berufsmäßig mit diesen Dingen. Es war im letzten Jahre geradezu unumgänglich, Barmat allein zu sprechen. Sein Zimmer war immer überfüllt.

Der Kommunist Stoll richtet nun eine Reihe von Fragen an Heilmann. Er erinnert an die Parteiverordnungen an den Reichsdemokratischen „Vorwärts“ und fragt, ob Heilmann bekannt sei, daß gerade in dieser Zeit die deutsche Arbeiterpresse außerordentlich unter dem Papiermangel litt.

Heilmann gibt das zu, erwidert aber, daß er mit der Ausfuhrbewilligung nichts zu tun gehabt habe.

Der Kommunist Stoll fragt dann weiter, ob Heilmann davon etwas bekannt sei, daß die Erlaubnistarife des General-Kommandos Pittvis, die Barmat befaß, und ob diese Vermittlung durch den Parteigenossen, dem damaligen Oberkommandierenden Koste, zustande gekommen sei, ferner ob, wie der frühere Adjutant der Berliner Kommandantur, Fischer, in seinen Erinnerungen erzählt, von holländischer Seite einmal Geld zur Verfügung gestellt wurde, um die parteiliche Bewegung zu unterstützen, und ob Barmat dieser Geldgeber gewesen sei.

Heilmann erwidert auf diese Fragen, daß Barmat keines Wissens nach Koste niemals gefehert oder gesprochen hat und daß er, Heilmann, selbst in dieser Angelegenheit nicht mitgewirkt habe, da er Barmat erst später kennen lernte. Zur zweiten Frage glaubt Heilmann feststellen zu können, daß Barmat Fischer niemals einen Fennig zur Verfügung gestellt hat.

Stoll richtet ferner die Frage an Heilmann, ob der verstorbene Hg. Krüger niemals die geringste Entschädigung von Barmat erhalten hat.

Heilmann bemerkt dazu, daß für das „Köpenicker Volksblatt“ 15 000 M gegeben wurden und daß darüber ordnungsmäßig quittiert ist.

Dann fragt Stoll, ob Herr Heilmann keine juristischen Kenntnisse in der Steuerangelegenheit Barmats aufgebracht habe, da damals von der Sozialdemokratie und in der Öffentlichkeit sehr starke Anträge wegen der Steuerhinterziehung erhoben wurden.

Heilmann ist nichts bekannt, daß Barmat mit dem Finanzamt irgendwelche Beträge geschuldet hätte. Auch über die Steuerleistungen habe er nichts gehört. Geprüchswiese habe er gehört, daß Barmat auf dem Standpunkt stand, daß er keinen Wohnsitz in Amsterdam habe und persönlich in Deutschland nicht steuerpflichtig sei. Die Steuern seien von der „Amerika“ in Berlin gezahlt worden.

Stoll (Komm.) will wissen, ob außer Ebert jun. auch Wels jun. in einem Barmat-Unternehmen tätig gewesen sei. Heilmann verneint letzteres, Walter Wels sei Privatsekretär bei Barons gewesen.

Hg. Stoll (Komm.): Ist dem Zeugen Heilmann bekannt, daß der Hg. Wels im Jahre 1924 Barmat von Berlin aus als Kurier an den damaligen Premierminister und Sozialdemokraten MacDonald geschickt hat, um Barmat auf diese Weise in englischen Kreisen einzuführen?

Hg. Heilmann: Wels hat Barmat, mit einem Privatbefehl versehen, im Jahre 1924 zu MacDonald geschickt. In dem Briefe erinnerte Wels MacDonald daran, daß MacDonald den Barmat in derselben Zeit kennen gelernt habe, in der Herr Wels mit ihm zusammen kam. Weiter ging Barmat mit einem inoffiziellen Auftrag des Reichsoffiziers nach London, um mit der damaligen englischen Regierung über eine Änderung des Postbesetzungsvertrages zu verhandeln. Diese Verhandlungen waren von Erfolg gekrönt. Natürlich hat Barmat als Kaufmann derartige Missionen nicht lediglich aus Eitelkeit und Gemeinnützigkeit übernommen, sondern er hat selbstverständlich dabei stets seine geschäftlichen Ziele im Auge gehabt. So hat er damals zu erreichen versucht, daß als eine der Abrechnungsstellen für den deutsch-englischen Postverkehr auch die Werturbank zugelassen wurde. Den englischen Vertretern war das recht, ich glaube aber, daß dieser Vorschlag vom Reichsoffizierministerium abgelehnt worden ist.

Auf die Frage des Hg. Dr. Deereberg, ob Barmat unmittelbar mit dem Reichsoffizierministerium in Beziehung getreten sei, erwidert Heilmann, Barmat habe dauernd in persönlichen Verkehr mit dem Reichsoffizierminister gestanden und offenbar persönlich von Dr. Henke den Auftrag gehabt, zu verhandeln. Barmat hat auch Krebiterhandlungen mit dem Oberst Kerr, einem Großhändler an der Londoner Börse, geführt. Dieser war Anfang 1924 in Berlin. Ich traf ihn in der Werturbank und er sagte mir, er wolle an der Londoner Börse 20 Millionen Obligationen der Barmat-Werte unterbringen.

Auf weitere Fragen des Hg. Stoll (Komm.) antwortet Heilmann, daß der sozialdemokratische Hg. Ruttner weder für Barmat-Unternehmungen oder für Barmat-Blätter tätig gewesen sei. Solange Barmat Lebensmittelaufkäufe tätigte, habe er niemals einen Reichs- oder Staatskredit gehabt. Der erste Kredit sei 1922 von der Staatsbank gegeben worden. Das endete, als die Beziehungen mit der Staatsbank angingen. Spekulative Käufe in Markt habe Barmat nie gemacht. Marktkäufe dienten nur dem Zweck der Einfeldung für neue Lebensmittelaufkäufe, da dazu valuta nötig war.

Dah eine Quittung Koenens über 8000 Mark existiert habe, sei sicher. Im übrigen bemerkt Heilmann über die Verbindungen Koenens mit Barmat, daß Koenens eines Abends Barmat aufgefunden habe, nach „Adon“ zu kommen, um mit Koenens wegen Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit Ausland zu sprechen. Auf Heilmanns Einreden, daß Barmat warnte, die Vermittlung Koenens anzunehmen, habe Barmat abgelehnt.

Hg. Deereberg stellt an Heilmann die Frage, ob irgendwelche finanziellen Beziehungen zwischen Barmat und der Sozialdemokratischen Partei bestanden haben.

Hg. Heilmann erwidert darauf, daß Barmat niemals der Partei oder Genossen irgendwelche Summen zur Verfügung gestellt habe, ohne sich vorher mit ihm, Heilmann, ins Benehmen zu setzen. Heilmann gibt zu, daß die 15 000 M, die an das Köpenicker Blatt gegeben wurden, von Barmat stammen. Weiter habe Barmat anlässlich der Dezemberwahl 1924 auf seine Veranlassung hin, da angesichts der vorangegangenen Wahlen es um die Parteikasse nicht mit dem besten bestellt war, die Summe von 20 000 M zur Verfügung gestellt. Ab-

gesehen von diesen größeren Beträgen habe Barmat nur hin und wieder kleinere Beträge gegeben, die aber in die Hunderte von Mark gingen, und zwar in Fällen, wenn irgend ein Parteisekretär sich wegen Geldverlegenheit an Barmat wandte oder wenn einzelne Parteigenossen durch Krankheit in der Partie oder durch Stellenlosigkeit in Not geraten waren. Heilmann schätzt die gesamten Aufwendungen, die Barmat in einem Zeitraum von sechs Jahren an die Partei gab, auf höchstens etwa 50 000 M. Weiter habe Barmat auf eine Anregung des Ministers Schwanz in der Person von Birna i. Sa. aus seinen Mitteln ein Kinderheim errichtet, das ungefähr 25 Kinder beherbergte und ausschließlich unter der Verwaltung jüdischer Behörden liege. Weiter sei ihm über diese Angelegenheit nichts bekannt.

Hg. Deereberg (D.): Wissen Sie etwas über die Finanzbeziehungen zwischen Barmat und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold?

Hg. Heilmann (Soz.): Barmat hat dem Reichsbanner niemals Geld zur Verfügung gestellt; das Reichsbanner hat auch niemals um Unterstützung durch Barmat gebeten.

Hg. Deereberg: Ist Ihnen etwas über die Geschäftsbeziehungen Barmats und dem Reichsanwalt a. D. Bauer bekannt?

Hg. Heilmann: Reichsanwalt a. D. Bauer hat mit Barmat häufig auch über Geschäfte gesprochen. Ob und wieviel daraus Geschäftsbeziehungen entstanden sind, ist mir nicht bekannt.

Badischer Landtag

Förderung des Flugverkehrs — Der Postverkehr auf dem Lande — Einfuhr von Zuchtvieh aus der Schweiz — Die Reichsgründungsfeier in Freiburg — Die Wünsche des Herrn Reichshaus von Bieberstein — Feind der Republik wegen schlechter Beleuchtung — Gesunde und Beschwerden

13. Sitzung.

h. w. Karlsruhe, 5. Febr.

Das Haus ist bei Eröffnung der Sitzung um 10 Uhr kaum besetzt. — In der Weiterberatung der für gestern aufgestellten Tagesordnung kommt zur Beratung die Vorlage des Ministers des Innern betr.

Unterstützung des Flugverkehrs durch den badischen Staat.

Die Vorlage sieht die Einstellung von 200 000 M in den nächsten Nachtrag zum Etatvoranschlag vor. Der Antrag ist dem Ausschuss der Badischen Abgeordneten vorgelegt. Der Ausschussbericht erstattet Hg. Wittmann, der Zustimmung beantragt. — Hg. Gähler (Komm.) sieht in der Vorlage eine Maßnahmsmaßnahme gegen Sommerflug. Nachdem sich die Mehrheit gegen und Hg. Wittmann sich für die Vorlage ausgesprochen, wurde die Vorlage angenommen.

Die Postverhältnisse auf dem Lande.

Ein vom Hg. Zahn (Landw.) begründeter Antrag verlangt, daß die Regierung ersucht werde, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Postverhältnisse auf dem Lande wieder der Verkehrsbedürfnisse entsprechen. — Der Antragsteller weist auf die Nachteile der veralteten Postanstaltung hin und feilscht die Aufhebung vieler Poststellen an. — Hg. Seelbach (Soz.) unterrichtet die Postämter der berechtigten Ausführungen des Antragstellers. Vor allem sei es nötig, daß besonders die Postämter in den ländlichen Gebieten, die von der Postverwaltung verlassen sind, wieder von Reiches gegahlt werden.

Hg. Gähler (Soz.)

geht die Möglichkeit auf, die Aufhebung der Poststellen und der Abbau der Beamten im Gefolge hatten. Besonders auch für die Gemeindebehörden erwachsen große Nachteile. Aber auch die Landbesitzer leiden unter diesen Zuständen sehr. Scher beladen mit Paketen müssen sie ihren Dienst tun. 10 bis 12 Stunden Dienstzeit haben die Postkassierer. Die Postagenturen auf dem Lande sind heute nichts anderes wie wolle Postämter. Die Post muß der ländlichen Bevölkerung mehr Rechnung tragen. Die Sozialdemokratie stimmt dem Antrag zu (Seelbach bei den Sozialdemokraten). — Es sprechen noch die Hg. Gähle (Dem.), Fähr (Soz.), Gähler (Komm.), Anmann (Soz.), Fischer-Unterlagen und Bauer (D.M.). Die Debatte mündet schließlich in einer der bekannten Plur, Wald- und Weiden-Hedereien aus. — Hg. Seelbach vertritt der Herr Abgeordnete die Interessen seines Heimatbezirks. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Eine förmliche Anfrage betr.

Die Einfuhr von Zuchtvieh aus der Schweiz wird von Hg. Reichshaus (Soz.) begründet. Die Anfrage lautet, daß durch die z. B. starke Einfuhr von Zuchtvieh, insbesondere aus Frankreich und der Schweiz der überhöhten Viehzucht nicht nur großer Schaden erwachse, sondern auch in manchen Zuchtbezirken jahrelange züchterische Leistungen zerstört werden. Weiter wird die Regierung ersucht, ob sie auch über die Einfuhr von Zuchtvieh aus der Schweiz zu den in der Schweiz bekannt ist und was sie zu tun gedenke, um die Viehzucht möglichst rasch zu heilen. — Die Anfrage wird von Ministerialrat Klein beantwortet. Er erklärt, daß ein Bedürfnis nach Einfuhr von Zuchtvieh in das überhöhten Zuchtgebiet nicht vorliege. Es könne sich nur um vereinzelte Fälle handeln, in denen hochwertige Zuchtstiere aus dem Elmental zur Aufzucht eingeführt werden. Aus dem Jahre 1924 sind in 23 Fällen 146 Tiere eingeführt worden, wovon 11 Fälle mit 180 Tieren auf Oberbaden entfielen. Ein Einfuhrverbot aus wirtschaftlichen Gründen ist nach dem deutsch-schweizerischen Abkommen vom 9. November 1924 nicht möglich. Die Einfuhr von Zuchtvieh aus der Schweiz ist dem derzeitigen Stande nach zu wünschen. Der Herr Abgeordnete hat dem derzeitigen Stande nach die Einfuhr von Zuchtvieh aus der Schweiz eine allgemeine Sperre der Einfuhr nicht.

Die Weiterberatung der Interpellation wurde beschlossen. Um 10 Uhr wird die Sitzung abgebrochen, da der Landtag zur Verhandlung der badischen Ausschüsse eingeladen ist. Nächste Sitzung mittags 1/2 Uhr.

14. Sitzung

Vor Weiterberatung der Tagesordnung beantragte Ministerialrat Dr. Schwörer die kurze Anfrage des Hg. Föhr über die

Reichsgründungsfeier in Freiburg.

Die Anfrage will wissen, ob der Regierung die Vorgänge bei der Reichsgründungsfeier in Freiburg bekannt seien, die sich beim Festakt, beim Gedächtnis der Studenten und bei der Bismardänke abgespielt haben. In der vorliegenden Antwort wird mitteilt, daß die Unterrichtsverwaltung nicht bei dem Festakt der Reichsgründungsfeier vertreten gewesen sei, sie habe aber nachträglich einen Bericht des Senats erhalten. Der Senat stelle fest, daß der Rektor Dr. Frhr. Marquardt v. Bieberstein in seiner Rede über „Recht und Gesetz“ sich unbestreitbare Einseitigkeiten habe aufgedeckt kommen lassen. Das

Unterrichtsministerium veranlaßte die Vorlage des Manuskripts, was aber Herr Marquardt v. Bieberstein verweigerte. Er habe aber erklärt, daß ihm jegliche Kritik, irgend jemand zu verlesen, fernzulegen habe. In der Meinung, daß zwei Stellen im Manuskript gestrichen. Bei der höchsten Bedenklichkeit und beim stehenden Zustande sei ihm allerdings das Mitleid mit dem Reichsbanner (Nationalistischer Fortschritt) Er habe darüber sofort schriftlich sein Bedauern ausgesprochen. Die Unterrichtsverwaltung könne ein abschließendes Urteil nicht gewinnen, ohne daß ihr der volle Wortlaut der Rede vorliege. Am 26. Januar wurde deshalb gegen Frhr. Marquardt v. Bieberstein das Disziplinerverfahren eingeleitet.

Der Gedanke zum Bismardenkmal war keine Universitätsveranstaltung und der Gesamtschülerbund, sondern er ging aus vom Hochschulkreis deutscher Art in Verbindung mit dem Jungdeutschen Orden und dem Wlfringerbund. Es nahmen an dem Zuge etwa 600 Studenten teil. Während des Zuges wurde das Ehrhardtlied gesungen. Weitere Ausführungen der Studentenvereine seien nicht vorgenommen, ein Antrag zum Einführen liege also hier für die Unterrichtsverwaltung nicht vor.

Es wird hierauf in die Besprechung der förmlichen Anfrage tritt.

Die Einfuhr von Zuchtvieh aus der Schweiz

eingeleitet. Es ist ein Antrag Reichshaus ergegangen, der eine stärkere Seuchenkontrolle bei der Einfuhr verlangt, weil eine Aufforderung an die Gemeinden gerichtet werden will, ihren Bedarf an Zuchtvieh im eigenen Lande zu decken, und weiter sollen die Viehbesitzer angewiesen werden, die Inlandzucht nach besten Willen zu fördern. Hg. Marzin (Soz.) verlangt eine Einschränkung der ausländischen Einfuhr. — Hg. Matthes (D. Vn.) hält die förmlichen Anträge im feigen Zeitpunkt nicht mehr für nötig, sie wäre vor einem halben Jahre angedacht gewesen. Nachmänner seien der Ansicht, daß es heute noch nötig ist, Qualitätskriterien aus dem Uprunnslande, dem Simmental, einzuführen, eine beschränkte Einfuhr sei deshalb nötig. Von einer Massenimport könne man aber nicht sprechen. Eine Sperre der Einfuhr liege nicht im Interesse der schweizerischen Landwirtschaft, denn die Einfuhr von aus nach der Schweiz sei viel höher wie die Einfuhr aus der Schweiz. — Hg. Seelbach (Landw.) verlangt starke Seuchenkontrolle. Die Forderung des Antrages, die Gemeinden sollten ihren Bedarf im eigenen Lande decken, sei bedenklich. Den badischen Zuchtgenossenschaften solle die Ausfuhr nach der Schweiz ermöglicht werden. — Hg. Seelbach (Soz.) sieht in dem Antrag Reichshaus den Versuch, der Zucht von Füllendörfer und Weidinger eine Monopolstellung zu verschaffen. Er wendet sich im einzelnen scharf gegen den Antrag.

Hg. Anz (Soz.)

erklärt, daß die Sozialdemokratie bereit ist, mitzuwirken bei den Maßnahmen zum Schutze der heimischen Landwirtschaft. Die Ausführungen des Hg. Reichshaus und sein Antrag gehen aber zu weit. Es soll eine Monopolstellung für die oberbadischen Zuchtgenossenschaften geschaffen werden. Gegen Maßnahmen, die die Zufuhr aus der Schweiz unterbinden, werden wir uns; denn eine Wirtschaftspolitik ist von Zeit zu Zeit nötig. Die Seuchengefahr muß und wird bekämpft werden. Aber eine einseitige Mauer wollen wir nicht um uns bauen. Wir dürfen die Bewegungsfreiheit der Gemeinden nicht hindern. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Der Sozialdemokrat wendet sich Hg. Reichshaus besonders gegen seinen Fraktionsfreund Seelbach, dem er ein Verhängnis für die Viehzucht abspricht. — Die Aussprache ist damit beendet. Lieber den Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen abgestimmt.

In der förmlichen Weise werden sodann eine große Anzahl Gesuche und Beschwerden nach den Anträgen des Ausschusses für Gesunde und Beschwerden erledigt. — Die Tagesordnung ist damit erledigt, die Sitzung um 1/2 Uhr geschlossen; die nächste Sitzung wird vom Präsidenten festgesetzt. Um 6 Uhr findet eine Besichtigung der Luftfahrtausstellung statt.

Neue Anträge im Landtag

Unter den Anträgen, die dem badischen Landtag zugegangen sind, befindet sich ein solcher mehrerer Zentrumsgenossen, der eine Veränderung des § 31 des badischen Schulgesetzes in der Richtung wünscht, daß wenn an einer Schule infolge Austritts eines Lehrers aus einer Religionsgemeinschaft, in der er bisher Religionsunterricht erteilt, oder infolge seiner Erklärung den Religionsunterricht für sich nicht mehr geben zu wollen, die Erteilung des Religionsunterrichts im Lehrplanmäßigen Umfang erspart wird, der betreffende Lehrer auf Antrag der Schulkollegien zu versetzen ist. — Ein weiterer Schulantrag liegt von den badischen Sozialdemokraten vor, wonach Artikel 11 Absatz 1 des Gesetzes über den Aufwands für die Volksschulen vom 28. März 1923 wieder hergestellt werden soll. — Zur Kirchensteuer wird von der Deutschen Volkspartei beantragt: Die Kirchensteuer für das Jahr 1924 bleibt insofern unberührt, als sie ein Fünftel der Einkommensteuer für das Jahr 1924 und der Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1924/25 übersteigt. Soweit dieser Betrag bereits bezahlt ist, wird er auf die Kirchensteuer für das Jahr 1925 angerechnet. — Ein Antrag Mäcker-Heidelberg (Soz.), den auch Zentrumsgenossen mitunterzeichnet haben, hat die Steuerabgabe auf Gegenstand. Schließlich liegt noch eine förmliche Anfrage von Mitgliedern der Zentrumskolonien an die Regierung vor, ob bekannt sei, daß das Badenbädergesetz, das den Badenbädern die Wasserertragsrechte vorbehält, bei dem deutschen Reichstag in Übertragung und daß damit der Versuch gemacht wird, die süddeutsche Kohlenlieferung zu verzerren. In die Sache bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das vorgenannte Gesetz vermindert und die damit verbundene Benachteiligung des freien Kohlenhandels und der Verbraucherschaft vermindert wird?

Standeschulauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Verlobt, alt 15 Jahre, Vater August Steinhilber, Hauptlehrer. Elise Euler, alt 57 Jahre, Ehefrau von Friedrich Euler, Kaufmann. August Böhm, Professor a. D., alt 76 Jahre. Adolf Hornung, Hausbesitzer, alt 16 Jahre.

Carneval-Stoffe

während der Weissen Woche besonders preiswert

Maskensamt, Allascide, Dirndlstoffe, Tarlatan, Fantasistoffe etc.

W. Boländer.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankoski

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

XIII.

Zu Diers blühte ihm endlich der erste Lichtstrahl auf. Diese Tage waren für sie alle eine Zeit innerer Ausruhens, wo die schweren Gedanken für eine Weile anderswohin zogen. Die älteren Leute verankerten sich in Feiertagsgedenken. Hella sah den ganzen langen Tag in ihrer tapferen Osterhühner, die ihr die Brüder gesammelt hatten und bei der auch die steifen Burthen wieder zu fröhlichen Kindern wurden, denn sie wollten trotz sein.

In Aureas Leben stellte diese Zeit einen Wendepunkt dar. Schon die alten Volksüberlieferungen von der Gründonnerstagsnacht und dann besonders das Lesen der Leidensgeschichte lenkten ihn darauf, sich selber zu prüfen. Dort, in der Leidensgeschichte, kamen Menschen vor, die in einer schweren Stunde die Wahrheit geleugnet und dann Gewissensqualen gelitten hatten. Ihm blieb von alledem dieses Gefühl: hatte denn auch er vielleicht etwas geleugnet, und rief ihm nun, wie einstmal Petrus, der Wahner?

Da wurde ihm klar, daß er wirklich etwas gelehrt hatte, ohne daß er je gewagt, seinen eigenen Anteil an der Sache bis auf den Grund auszuwählen. Wie wenn seine Schwester Karolina aus Tapaaland über den knusprigen Osterhühner zu ihm gekommen wäre und gesagt hätte:

„Haben wir uns nicht damals darüber unterhalten? Und habe ich dich nicht gewarnt?“

„So ist's,“ mußte er einräumen. „Davon ist ja freilich die Rede gewesen.“

„Aber du wolltest unbedingt eine Junge, und nun hat wohl gerade diese Junge und der Altersunterschied zu diesem Strancheln geführt.“ Du hättest dir ja auch aus einer Alten nichts gemacht?“

„Nein, das hätte ich auch nicht,“ antwortete er ehrlich. „Und als er bis hierher gelangt war, mußte er noch weiter gehen — zu Dingen, die nur er allein kannte.“

„Das ist auch wahr,“ gab er zu, obwohl ihm dieses Jugendbildnis Schweiperlen der Angst und Scham auf den Stirn herabdrehte, „wahr ist, daß ich mitunter auf den sinnhaften Gedanken verfallen bin, Majja habe schließlich ja lange gelebt — weil ich von Anfang an anders gedacht hatte und es auch anders gewünscht hätte.“

„Er habe vor innerer Bewegung, indem er bedachte, welcherlei Begierden im Grunde des menschlichen Herzens ruhen, wenn man es nur wagte, sie zu bekennen.“

„Wahrhaftig,“ fuhr er in seinen Jugenderinnerungen fort, „ich habe Kestivals Tochter nicht der Arbeit wegen genommen — auch nicht, weil ich Liebe brauchte — es war freilich etwas anderes.“

Da begriff er, daß zwischen ihnen gar keine richtige Ehe bestanden hatte. Oder eigentlich hatte er das schon einige Zeit begriffen, obwohl er es nicht hatte zugeben wollen. Er fühlte sich gegen das Gesetz des Lebens gefrevelt habe, als er einen jungen Menschen an sich dachte, dessen Hoffnungen und Bedürfnisse er nicht in Betracht gezogen hatte, sondern wobei er nur an sich selbst dachte. Also schuldig, mitschuldig war — er selbst!

Das war ein schweres Endergebnis, das ihm im ersten Augenblick zu Boden schmetterte wollte. Ließ also hierauf sein langes, christliches Leben hinaus?

Doch aus dieser Niedererschütterung sprang auch ein Licht hervor — die Klarheit, nach der er wochenlang vergebens gesucht hatte. Er verstand jetzt, weshalb alles nicht geschehen mußte: damit er nur die Verwirrung löste, deren geheime Wurzeln bis in seine Jugendjahre zurückreichten.

Jetzt verstand er das Leben — das unerschütterlich liegende, aber doch tröstliche: darum, weil es nicht Schuldlose bestrafte, wie er noch eben zweifelnd gewähnt hatte.

Kurz darauf blinnte ein zweiter, noch hellerer Strahl in seiner Seele.

Dieser kam ihm aus der niederdrückenden Erkenntnis, daß gar keine richtige Ehe zwischen ihnen bestanden hatte. Aber daraus wurde in gewisser Beziehung ein jubelndes Gefühl der Befreiung in dem Augenblick, als er einsah, daß da nie körperliche Gemeinschaft zwischen ihnen bestanden hätte, sie ja frei und rein voreinander waren!

Das war für ihr ganzes Verhältnis entscheidend, für den allerempfindlichsten Punkt. Eine Verletzung seiner Mannesehre, war also in Wirklichkeit gar nicht erfolgt, niemand war ihm eigentlich zu nahe getreten. Und sie waren zwar schuldig, aber eine Ehebrecherin nur dem Namen nach, da sie auch nur dem Namen nach Mann und Frau waren.

Von dem Augenblick an begann sich ein großer, stiller Frieden in seine Seele hinabzuliegen. Das Leben erschien ihm nun in einem ganz neuen Licht. Die Handlungen der einen gingen den anderen nichts an; die äußeren legten, bedeuteten nichts. Die Eltern waren nicht für ihre Kinder, die Kinder nicht für ihre Eltern und der Mann nicht für seine Frau verantwortlich. Jeder lebte nur nach seinem eigenen Leben, irrt, stand auf, bereute, litt — immer nur allein.

Er war über diese neue Lebensauffassung so erleutet, daß seine Augen nach langer Zeit wieder strahlten. Zugleich veränderte sich sein Verhältnis zu den anderen. Das Ereignis ruhte auch weiterhin als ein schwerer Schallboden der Sorge in seinem Leben, aber er war niemand mehr erbittert, nicht einmal gegen Kestiva.

„Du kriegst auch schon noch deine Lektion!“ dachte er. „Du bist schon bald so weit, und es kommt immer mehr hinzu — dann bist du reif. Wir haben jetzt Nachsicht auf unsere alten Tage, Kestival!“

Die neue Weltordnung begann ihm großartiger zu erscheinen.

„Jeder bekommt nach seinen Taten, jedermann!“ jubelte er. „Manta bekommt — ihr seht die Last noch bevor. Die ganze Familie bekommt, auch die Kinder zur Anleitung, damit sie nicht alles selber durchzumachen brauchen. Und ganz sicher bekommt auch der, der das Bett des anderen betreten hat, obwohl er es insgeheim getan zu haben glaubt.“

Er dachte oft über diesen seinen neuen Glauben nach. Wie verwickelt war doch die Auffassung des Menschen zum Leben, und wie einfach war das Leben selbst! Nur für sich sorgen und seine eigenen Handlungen verantworten — das war alles.

Utela war jetzt voll befriedigt von seinem Schulgang. Und er freute sich, als er bemerkte, daß er einen Funken seiner ehemaligen Lebenslust zurückgewann.

Er hatte allerdings nicht mehr die früheren Zukunftspläne und die Freude über die Neugeburt des Gutshofs, aber er fühlte doch, daß er das Weil kräftig in seiner Hand schwang, als er jetzt gegen den Frühling zu an dem neuen Korndarrendbau mithalf. Er fühlte, daß er Zuchtstückerarbeit ausübte — aber auch diese Arbeit mußte gewissenhaft getan werden, weil sie in einem gerechten Urteil begründet war.

Auch die anderen bemerkten seine Veränderung. Die Zeit, dachten sie, befristigt, und Utela ist ein verständiger Mann — gerade, wie sie gehofft hatten.

Aber es befreite sie nicht. Sie blickten mit aus Angst und Achtung gemischten Gefühlen auf die geheimnisvolle Ruhe, mit der Utela jetzt seinen Weg ging.

(Fortsetzung folgt.)

Der Bogt auf Mühlenstein

Dieser Tage brachte der „Volksfreund“ eine Notiz, aus der ersehen werden konnte, daß Arbeitervereine vor Anleitungen und Etklungen bei einer Winterfeier den „Bogt auf Mühlenstein“ zur Aufführung bringen. Jeder Volksgenosse, der mit der heimlichen Scholle eng vertraut ist, der mit Leib und Seele an den Geschichten der heimlichen Bevölkerung hängt, dem das Herz aufbebt, wenn er in traulichen stillen Stunden seine Gedanken, seine Erinnerungen auf die Jugendjahre lenkt, wird dieses Ereignis, den Versuch von Etklungen als einen wertvollen kulturellen Schritt betrachten, in dem Sinne, dem Volke Land und Leute in der Vergangenheit vor Augen zu führen, und es damit mehr und mehr geistig mit den heimlichen Naturen zu verbinden. Stille freudige Liebe, heimliches Schwärmen bewegt die Gemüter, und ein altes und neues Verlangen die Augen und geschäftlich umwobenen Gesicht und Älter zu schauen, und in stiller Ruhe der ewigen Sprache der Natur zu lauschen.

Manches, woran man bisher achtlos vorüberging, tritt dann in lebendiger Sprache und mit Macht an den Menschen heran, manche Lebensauffassung wird dann auch den gewöhnlichen Gesichten — das ewig kreist und doch immer wieder jung ist — geopfert werden müssen. In diesem Sinne ist der Etklinger Versuch zu begrüßen, der fortwährend in den Vereinen der Arbeitervereine nachgehört wird.

Das ist es, was die Hansjakobischen Wörter uns so wertvoll macht, daß dieser Dichter es verstanden hat, in volkstümlicher Sprache uns die Vergangenheit der Heimat vor Augen zu führen. Manches wird beim Lesen zum Widerspruch neigen, manches als schwerfällig aufgefaßt werden, trotzdem enthalten die Werke Hansjakobs die breiten Schichten so viel wertvolles, daß man nur wünschen kann, daß sie in jeder Arbeiterbibliothek vertreten sind. Wie verlockend ist seine Abfassung, nie wird er seinen demokratischen und republikanischen Gedanken und Empfindungen untreu. Es sollten die Hansjakobischen Ausgrabungen immer wieder dem Volke vor Augen geführt werden. Sprechen die Ereignisse im Ringelstein nicht eine deutliche Sprache gegen die Gewalt? Es sei hier nur an den Bauerndarsteller von Karl Braun erinnert, der durch die Hürtenberger zum armen Manne wurde, trotzdem die Freundschaft vorher unzerbrechlich schien. Die gewaltigen Reichtümer, die die Hürtenberger im Ringelstein heute noch besitzen, sind seit durchweg auf diese Bauerndarsteller, die nach dem Jahre 1848 mit Macht einsetzte, zurückzuführen. Die Ausnutzung der Kreditnot führte zum Ziel. Es ist ein Verdienst des dahingegangenen Schriftstellers, daß er diese Tatsachen der Nachwelt überliefert hat. Ob diese daraus noch einmal die Lehre zieht, wird ja die Entwicklung lehren. Noch wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben. . . .

Nun zurück zu unserem Bogt auf Mühlenstein. Dort wo das Städtchen Zell am Harmersbach liegt, schiebt sich zwischen das Norddracher und Harmersbacher Tal eine Gebirgszunge vor, die Ende des 18. Jahrhunderts als Schauplatz der erwähnten Aufführung angesehen ist. Schottenhöfe werden die Güter heute noch im Volksmunde genannt, die als Eigentum des Klosters in Gengenbach bis zur Aufhebung im Jahre 1803 galten. Der eine der Höfe war der Mühlenstein, abgeteilt vom Orte der Rechtspredung „Mühlhäute“ oder Mühlenstein. Es war der sog. Bogtsberg, d. h. Sitz des Verwalters der zusammengehörenden Genossenschaft. Ein armer Müllersnecht verliebte sich bei Muffel und Gengung in das Tochterlein des damaligen Bogtsbergers, das ebenfalls die Liebe erwidert. Antrüglich sind sie nur, daß ihnen auch keinerlei Aussichts für die Zukunft geboten werden, denn damals durften nur solche heiraten, die ein eigenes Heim hatten. Da war aber schlechte Aussicht, umsonst der heimlichen Scholle, einem heute noch gepflegten Brauche entsprechend, an den jüngsten Sohn des Bauern kam. Da schied sich zwischen das Glück der beiden Naturkinder ein anderer vermittelter Bauer, der mit dem Vater der Magdalena einig geworden war. Alles bitten, alles beteln war vergeblich, die Tochter war dem Bauer versprochen, dementsprechend hatte sie zu gehorchen. Die Hochzeit kommt im Januar heran, sie wird gefeiert, wie es feinerzeit bei Bauerndarstellern üblich war, unter Teilnahme der ganzen Bevölkerung. Witten im Festhause, bei Muffel und Gengung erscheint der Müllersnecht im Nebenraum, um in aller Gemessenheit mit seinen Freunden und Fremden an der Hochzeit teilzunehmen und auch einige Lieber zum Besten zu geben. Der Müllersnecht hatte sich mit der Trennung schon abgefunden, dem Mädchen auch zugeredet, daß es sich dem Nachspruch des Vaters beuge, doch bei ihr lag der

Stachel fest im Herzen. Kaum ertönen die ihr so vertrauten Stimmen, als sie vom alten Triebe ihres Herzens erfasst wird. Sie eilt in den Nebenraum, und in unheimlicher Glut lobert bei Weiden die Liebe empor. Nach mehreren gemeinsamen Liedern erhob sich der Knecht und sang:

Dort drüben in jenem Tale, da treibt das Wasser ein Rad Das treibet nichts als Liebe, vom Abend bis wieder an Tag, Das Mühlenrad ist verbrochen, die Liebe hat ein Ende, Und wenn zwei Norddracher scheiden, reichen sie einander die Hand.

„Ach Scheiden, ach, ach, wer hat doch das Scheiden erdacht? Das hat mein jung fröhlich Herze, voll' Freunde so traurig gemacht.“

Dies Liedlein, ach, ach, hat wohl ein Müller erdacht, den man von des Bogt Tochterlein, vom Lieben zum Scheiden gebracht. —

Die Hände hatten beide ineinander gelegt, in den Augen des „Maible“ glänzen Perlen, kein Mensch der Hochzeitsgesellschaft mochte zu hören, auch nicht der Bogt und der Chemann, da erhob sie sich und sang ihr eigenes Lied:

Auf dieser Welt gibts keinen größeren Schmerz, Als nicht lieben dürfen, was lieb das Herz, Zum Heiraten wollen sie mich zwingen, Doch zur Liebe bin ich nicht zu bringen, Sie jagen mir, meine Liebe sei ein Scherz, Aber diese Liebe bricht mir noch das Herz, Was ich verprochen, halt ich fest und treu, Will zeigen, daß kein Scherz es sei, Meine Liebe hab ich längst vergeben, Und geb sie einem nur in meinem Leben, Man länket nur mit silbernen Gloden, Ich aber will keinen als den Deleerjoden.

Alles Volk wird erschrien von dieser Szene, selbst den Vater durchdrückte eine Ahnung der Macht der Liebe, und auch dem Chemann lehnte Behmut ein. Der Knecht verabschiedet sich dann mit der Aufforderung an die Magdalena, jetzt ihrem angetrauten Gemahl zu gehören, er wünsche ihr Glück und Segen und werde dafür sorgen, daß es ihr auf dem Harmersbacher Leichter wird.

Die Hochzeit war gefeiert, frühzeitig brach das Volk auf, auch das junge Paar. Eine Ruhe ist bei dem Mädchen eingeleitet, mit dem festen Entschluß, dem Manne ihre Energie entgegen zu setzen. Dabeim angekommen, stellt sie sich vor den Bauer hin und sagt:

„Du hast des Bogts Magdalena heimgeführt, aber Du sollst kein Weib haben an mir. Der Vater hat seinen Willen gehabt, Du hast Deinen Willen durchgesetzt, aber jetzt hat ich noch einen Willen, und der ist unabänderlich. Ich werde Dir die erste Magd auf dem Hofe sein, still und fleißig, aber mit dem Weib.“

Was wollte der Bauer tun, er ließ sich die Entscheidung gefallen, die ganze Woche. Am Sonntag berichtet er dem Bogt, was vorgefallen, dieser hat die Szene im Hofe in Zell a. N. schon vergessen, und gibt den Rat: „Doch sie mal küß dich durch, dann wird sie schon geschick werden. Als ich ihr auf dem Mühlenstein mit dem Ferkel gedacht, ist's auch besser gekommen.“ Am gleichen Tage erzählt die junge Bäurin, daß der Hans zu den österreichischen Soldaten gegangen sei, da bricht die alte Wunde wieder auf. Weinenst reißt der Bauer sie dahem an. Während schlag er die junge Frau, die schließlich hinausprang, und bei ihrer Wägen Hantelunst fand. Sie ward am andern Tag irrsinnig, und nicht mehr zugänglich. Der Bogtsberg erzählt acht Tage später das Ereignis. „Verstellung“, schreibt er aus. Die Boffen will er ihr durch eine Kapitalkur austreiben. Als der Vater kam, floh sie davon. Mit List wurde sie später überführt und vom Vater fürchterlich geschlagen. Ihre Sinne waren dahin, nach Wochen erst erwachte sie aus dem Fieber, um jedoch zu sterben. Am 15. März des gleichen Jahres haben sie ihren Leichnam in Zell begraben.

Nicht lange geht es, und der Witterer führt erneut ein Bauerndarsteller zum Altar. Der Bogtsberg begriff aber sein Unrecht, schwer leidet er die folgenden Jahre an seinem begangenen Fehler. Jahre vergehen, da tritt in den Keller Friedhof ein österreichischer Soldat, läßt sich vom Totengräber das Grab der Magdalena zeigen, und in tiefem Weh kniet er am Grabe nieder. Dem Totengräber gibt er dann einen Taler mit dem Ersuchen, drei Messen für die Verstorbene lesen zu lassen. Es ist Hans, der aber wieder unerkannt verschwindet, um einige Tage später bei Weingenberg in einer Schlacht den Tod zu finden.

Das ist die Geschichte vom Mühlenstein, kurz zusammengefaßt, sie soll im Volke jedoch weiter leben, dafür hat zunächst Hansjakob gesorgt. Aber auch sonst wird es überall Gelegenheit geben, diese Geschichte, diese Erinnerung wach zu halten. Speziell die Ortsgruppen des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ sollen durch entsprechende Anstaltung ihrer Wühlreisen dafür Sorge tragen. Aber auch auf Wanderungen ist dazu reichlich Gelegenheit gegeben. Nicht lange wird es mehr gehen, und bei Nordrach wird ein Stein der Naturfreunde seine Wunden öffnen. Befucht dann auch den Mühlenstein, und haltet die Vergangenheit gut im Gedächtnis.

Theater und Musik

Landestheater. Heute Freitag findet im Konzerthaus ein einmaliges Gastspiel des Operetten-Ensembles des Schauspielhauses Rorzhelm statt, wobei die besonders durch ihren großen Erfolg bekannt gewordene Operette „Die Frau ohne Kopf“ zur Aufführung gelangen wird. Da die Partien sämtlich mit den ersten Kräften des Rorzhelmer Ensembles besetzt sind, so dürfte uns mit dieser in der Winterpielzeit seltenen Darbietung ein angenehmer Abend heiterer Unterhaltung bevorstehen. — Am Sonntag, 8. Febr., gelangt im Konzerthaus nicht das Lustspiel „Das Glas Wasser“ von Gerbe, sondern „Das Spiel um die Ehe in vier Akten: Liebfrauenmich“ von Heinrich Kleinknecht zur fünften Aufführung. — Die nächste Wiederholung des „Glas Wasser“ findet am Sonntag, 16. Februar, statt.

„Hansberts Verführung des heiligen Antonius“ als Schattenspiel. In der städtischen Kunsthalle Mannheim (Leitung D. G. H. Hartlaub) finden in nächster Zeit mehrere Aufführungen von Hansberts „Verführung des heiligen Antonius“ statt. G. H. Hartlaub hat das gemalte Werk des Dichters unter Anwendung großer Störungen und Umstellungen als Schattenspiel bearbeitet, in dem die Figuren des Heiligen als Schwarz-Weiß-Bilder an der Wand erscheinen, während Antonius selber unsichtbar bleibt. Die schwarz-weißen Wandeffekte hat der Mannheimer Maler Wilfried Otto entworfen, die Musik komponierte Gerhard Otto (Mannheim). Den Antonius liest der bekannte Arzt und Kunsthistoriker Dr. A. Pringhorn (Frankfurt).

Aus dem Haushalts-Ausschuß des badischen Landtags

Finanzausgleichs-Gesetz — Unitarismus — Föderalismus.
 Im Haushaltsausschuß fand am 3. Februar die Beratung des Zentrumsantrags, Wenderung des Finanzausgleichs-Gesetzes, statt, in Verbindung mit der Denkschrift des Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner „Reich und Länder“. Der Zentrumsantrag lautet: Der Landtag wolle beschließen, die bad. Regierung wolle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß alsbald in eine Wenderung des Finanzausgleichs-Gesetzes eingetreten wird, in dem Sinne, daß den Ländern und Gemeinden das Recht der Erhebung von Zuschlägen zur Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer zugestimmt wird. — Ein weiterer von Zentrumseite eingebrachter Zusatzantrag verlangt hinsichtlich des Finanzverwaltens: „und daß den Ländern ihre eigene Finanzverwaltung wieder zurückgegeben werde“.

Zu diesen Beratung hatte der Berichterstatter Müller (Zentrum) bestimmte Richtlinien entworfen, die sowohl den gesetzlichen als auch den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Die Ausprache führte zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen über das Verhältnis des Reiches zu den Ländern, über die prinzipielle Einstellung zur Weimarer Verfassung, über die Erörterung der Finanzverwaltung und Föderalismus. Wenn auch die Zentrumsredner immer und immer wieder versuchten, in ihrem Vortrage dem Unitarismus und Föderalismus, ihrem Drängen Rückgewinnung der Finanzhoheit und Verwaltung durch die Länder, den Einbruch der Schwächung der Zentralgewalt des Reiches, der Gefährdung der Reichseinheit zu nehmen, so konnten diese Ausführungen denoch die Zustimmung einer starken Zentralgewalt nicht überzeugen. Insbesondere konnte das Bestreben dieser Anträge nicht verstanden werden, daß ihre Tendenz letzten Endes auf eine Rückwärtsentwicklung der Weimarer Verfassung, entsprechend bayerischen Anträgen hinaus laufe.

Die Sozialdemokratische Beschlüsse sind grundsätzlich ohne Vorbehalt zur Weimarer Verfassung und lehnte jede Schwächung der Zentralgewalt zugunsten der Länder ab, wenn man auch im einzelnen nicht alle Maßnahmen der Reichsregierung billige. — Ebenso grundsätzlich lehnte sie die Rückgabe der Finanzhoheit und der Finanzverwaltung an die Länder ab, eine solche sowohl dem Reich wie den Ländern und Gemeinden Rechnung tragende Regelung des Finanzausgleichs könne denoch erfolgen.

Der demokratische Redner lehnte ebenfalls alle Tendenzen im Sinne des Föderalismus ab, bekannte sich als grundsätzlicher Anhänger des Unitarismus und bezeichnete die Anträge des Zentrums als solche, denen man mit aller Vorsicht gegenüberstehen müsse. Die Finanzhoheit des Reiches sei unter allen Umständen zu wahren, die Demokratie werde keine Rückentwicklung mitmachen.

Der deutschnationale Redner erklärte sich ebenfalls als Anhänger des Unitarismus, wenn auch teilweise aus anderen Gesichtspunkten, wie die Vorredner. — Der deutschnationale Redner erklärte sich eine klare Stellungnahme nötig zu ermöglichen. Er gab einerseits bestimmte Bedenken gegen den Zentrumsantrag bekannt, um andererseits doch wieder den Anträgen zustimmen. — Billige Zustimmung, ohne jeden Vorbehalt gab nur der Landtagsvizepräsident und der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, die sogar ausdrücklich die Rückwärtsentwicklung der Weimarer Verfassung beklagten.

In der Zwischenzeit waren zahlreiche Änderungsanträge eingeleitet, teilweise zur, teilweise gegen die ursprüngliche Tendenz des Zentrumsantrags, eine prinzipielle Wenderung der leistungsfähigen Stellungnahme brachten sie jedoch nicht. Nach hundertmaligen sachlichen und Geschäftsordnungsdebatten wurde zur Einzelabstimmung geschritten.

Der erste Sachantrag, der Zustimmung des Zentrumsantrags, der Zulassung des Zusatzantrags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, wurde mit 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Nach Ablehnung eines abschwächenden Zusatzantrags der demokratischen Partei, der eine gewisse gegen sich erweiternde Steuerhoheit, unbeschadet des Artikels 8 der Reichsverfassung, auszuüben wollte, mit 13 gegen 7 Stimmen bei 1 Enthaltung, beantragte der sozialdemokratische Sprecher Unterbrechung der Beratung bis nach Rückfrage mit den Fraktionen. Diese Forderung wurde, entsprechend der grundsätzlichen Einstellung zur ganzen Beratung abgelehnt. Insbesondere lehnte das Zentrum diesen Wunsch der am weitesten Fraktion mit einer Schrockheit ab, die unglücklich war. Dies mußte um so mehr erkennen, weil das Zentrum gerade in den letzten Wochen immer eine Unterbrechung der Beratung, unter gleichzeitiger Begründung verlangte, und dort von „Vergewaltigung“ der größten Fraktion sprach, wenn man ihren Wunsch nicht entgegenkomme. Heute, wo die sozialdemokratische Fraktion den gleichen Antrag, die gleiche Begründung und in Anspruch nahm, bei prinzipieller Entscheidung in Beratungsfragen wurde der Antrag abgelehnt.

Die Sozialdemokratie erklärte deshalb, daß sie an der weiteren Beratung der Anträge nicht mehr teilnehmen werde, und verließ, nach der Teil-Abstimmung über die Rückgabe der Finanzverwaltung, die mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurde, vor der Gesamt-Abstimmung die Sitzung.

Schulfragen im Haushaltsausschuß

Am Mittwoch, 4. Februar, trat der Haushaltsausschuß in die Behandlung der vorliegenden Schulanträge ein. Berichtserstatter war hierfür der Abg. Dr. Glöckner, der zunächst einen eingehenden Bericht über die vorliegenden Anträge gab. Wie in keinem anderen Zweig der Staatsverwaltung sieht auf dem Gebiete des Volksschulwesens eine unerträglich hohe Zahl von nichtplanmäßigen Stellen den planmäßigen gegenüber. Ferner liegen Anträge vor, welche in gleicher Richtung eine Umänderung der Personalabgaben-Verordnung wünschen. Die Regierung legt einen Vorschlag in Änderungen des Schulgesetzes vor, das im wesentlichen folgendes enthält:

„An Volksschulen mit 2—4 Lehrern kann je 4 Unterlehrer angestellt werden. Beträgt die Zahl der Schulkinder dauernd mehr als 120 oder 120, so sind 2 oder 3 Hauptlehrer anzustellen. An allen übrigen Volksschulen soll die Zahl der Hauptlehrer stellen 1/2 der Gesamtzahl der Lehrstellen nicht übersteigen.“

Die Annahme dieser Regierungsvorlage würde rund 600 Unterlehrerstellen in planmäßige umwandeln. Großes Aufsehen aber erregte es, als von der Regierung erklärt wurde, diese Maßnahme sei nur möglich, falls im Nachtragsetat diese Umwandlung nicht als Wenderung der Einkommensverteilung erweise. Ein sozialdemokratischer Redner protestierte lebhaft gegen diese Absicht; mit der einen Hand befehlige man alles Unrecht, um mit der anderen Hand ein neues zu schaffen. Zudem sei nicht ersichtlich, warum diese Kantinen nötig seien; die finanzielle Auswirkung betrage nach den Mitteilungen der Regierung für den Staat 60 000 M., für die Gemeinden 15 000 M. also eine verhältnismäßig geringfügige Summe.

Ein demokratischer Redner begründete in eingehender Weise die Anträge seiner Fraktion, die zum Teil weiter gehen als die Regierungsvorlage; ebenso ein Vertreter der Deutschnationalen und ein Vertreter des Zentrums, dessen Antrag hinter der Regierungsvorlage zurückbliebe. Von verschiedenen weiteren Rednern des Zentrums wird ein zwar nicht ablehnender, aber doch von finanzpolitischen Bedenken stark unterbauter Standpunkt eingenommen, wofür gelegentlich von anderer

Seite dem Zentrum bedeutet wird, daß es bei den Millionenforderungen der Kirche im Dezember nicht so ängstlich gewesen sei! Eine große Rolle in den Verhandlungen spielt noch die Herabsetzung der Schülerzahl und die Berechnungsschlüssel 33 Schüler auf 1 Lehrer an erweiterten Schulen in den Gemeinden unter 1000 Einwohnern. Die Regierung berechnet hierfür einen Mehraufwand von 276 000 M. Die Beratungen wurden dann abgebrochen und voraussichtlich am Freitag fortgesetzt werden.

Stundenlöhne der Arbeiterkammer Badens

Aus dem Landtag schreibt man uns: In der Berichterstattung über die vor kurzem in öffentlicher Sitzung verhandelte sozialdemokratische Anfrage bezüglich der niedrigen Löhne und Gehälter ist infolgedessen ein Irrtum entstanden, als Gen. Abg. Dörner nicht von einem Durchschnittslohn von 74 J für alle badischen Arbeiter gesprochen hat. Er hatte bei seinen Darlegungen nur Karlsruhe im Verhältnis zum Land und hierzu erklärte Gen. Dörner, daß in 20 Berufen in Karlsruhe der Stundenlohn 74 J betrage. Die Durchschnitts-löhne pro Stunde sind im allgemeinen beträchtlich weitaus niedriger, sie betragen leider höchstens 55 J.

Der Kommunistenprozeß in Durbach

Offenburg, 4. Febr. (Eig. Bericht.) Der Mittwoch morgen brachte die Fortsetzung der Vernehmung der Angeklagten. Das am ersten Tage durch die Angeklagten gezeigte Bild der ganzen Vernehmung erfuhr nur unwesentliche Veränderungen. Die von einzelnen für ihre Beteiligung an dem Zuge angegebenen Gründe sind manchmal geradezu ironisch für die Einstellung und die geistige Unreife der Angeklagten. Der eine hatte gehört, daß die teilnehmenden Arbeiter in der Nacht unregelmäßig neue Kleidung bekommen müßten, der andere nahm an, daß die Stadt Offenburg die Waffen durch die Arbeiter holen lasse. Mehrfach kommt auch noch der Jugendentwurf für Minderjährige an Wort. Die Angeklagten Kurrmann und Sanger glauben, daß es sich um ein falsches Versteck handeln würde, während Schneider der Ansicht war, es handle sich um eine zur Umgehung der französischen Überwachung nach Durbach verlegte Arbeiterversammlung. Zum Schluß der langen Reihe vermahnt sich der alte Gen. Müller von Durbach energisch gegen den Vorwurf, das Vorhandensein von Waffen in Durbach auspluriert und den Kommunisten verraten zu haben. In Durbach sind nach seiner Auffassung in privater Hand Waffen genug, um eine ganze Kompanie auszurüsten; und offen erklärte er, daß er im Falle des Eintretens eines Rechtsverstoßes nicht zögern würde, seine Kenntnisse zum Schutze der Republik zu verwenden und dafür zu sorgen, daß die Waffen in die rechten Hände gekommen wären. Eine heitere Note brachte er in den Ton des Vormittags, als er sich gegen den Jugenddelikt Vorwurf wandte, daß die zur Entlastung des jungen Fritz Müller meinte, daß diesem bei seiner Erziehung die ethisch-moralischen Werte verloren gegangen seien, die nur der Religionsunterricht verleihe könne. Müller sen. meinte, alle die anderen Angeklagten habe der geordnete Religionsunterricht doch nicht von der Anflugsbahn retten können; und daß die Erzieher dieses Unterrichts manchmal moralisch recht eigenartig amütierten, bemerke sich zur Zeit an einem Insassen des Offenburgers Untersuchungsgefängnisses. Der Vorsitzende weist diese Ausführungen als nicht zur Sache gehörend zurück. Um 1/2 Uhr war die Vernehmung beendet.

Zu Beginn der Zengenvernehmung

Am Nachmittag beantragte die Verteidigung noch die Ladung der Genossen Stürzel und Ab. Geß zwecks Auskunfterteilung über die Einstellung der Gesamtarbeiterkammer Offenburgs zur Zeit der Strafzeit; der Staatsanwalt weigert sich gleichfalls einen weiteren Zeugen (Gendarmekommissär) zu hören. Den Anträgen wird entsprochen. Nachdem die Ehefrau des Angeklagten Becker unermittelt die Angaben ihres Mannes über die Waffenabgabe usw. größtenteils bestritten hat, wird als erster Belastungszeuge der Landwirt Roth aus Durbach eidlich vernommen. Er sagt aus: Wir lagen schon im Bett, als es klopfte. Es standen vier Leute draußen, und ich dachte, es sei die Vernehmung. Nach dem Decken sah ich im Hof aber viele Menschen. Man verlangte von mir die Herausgabe von Waffen, besonders des Maschinengewehrs, und als ich erklärte, feinerlei Waffen zu besitzen, drohte man mir, mich mit nach Karlsruhe zu nehmen oder mir den roten Bock aufs Dach zu setzen. Barfuß und nordwärts befehle, wurde ich etwa 200 Meter weit geführt, wo ein anderer Mann wartete. Da ich nachlos war und man mir mit der Pistole drohte, ging ich mit. Der Mann drohte mir: Geisse: Das weiß ich ja recht mehr. Ich wurde wieder zurückgeführt, wobei man uns mit einem roten mir gebührender Kerker begegnete; einer der Leute, die mich führten, erhob gegen den Diebstahl Einspruch, und so wurde das Obst zurückgebracht. Man ließ mich frei. Meine Kellertür war erbrochen und das Haus durchsucht worden. Hoff: Was haben Sie denn einmal ein Maschinengewehr? Geisse: Nein, ich besaß feinerlei Waffen. Ich habe dann verstanden, so wie ich angesehen war, ins Dorf zu laufen, um die Schilde zu denackeln; nach dem Dorf wurde ich sofort mit Drohungen zurück. In dieser Aussage erklärt der Angekl. Hoff, daß er den Roth geführt, aber nicht mit dem Revolver bedroht habe. Angekl. Müller jun. behauptet, erst vor wenigen Tagen von dem Sohn des Roth gehört zu haben, daß das Maschinengewehr sehr gut versteckt und deshalb nicht gefunden worden sei. Dem Müller sen. hat Roth früher selbst von dem Vorhandensein des M.G. erzählt; auch behauptet er, daß bei einer Hochzeit in nächster Nachbarschaft des K. damit geschossen worden sei. Roth bleibt demgegenüber bei seinen Aussagen. Gegen die Forderung des Staatsanwalts, Müller solle sofort die Namen der ihm bekannten Waffenbesitzer in Durbach nennen, wendet sich Müller wie auch die Verteidigung, die erklärt, daß dann nach einer Stunde schon kein Gewehr mehr in Durbach zu finden sei, noch ehe die Gendarmerei käme; und die Staatsanwaltschaft habe doch über in den 1 1/2 Jahren seit der Vorgänge Zeit genug um Einsichtigen wegen unerlaubten Waffenschlusses gehabt.

Bei der Vernehmung der Frau des Roth gibt es neue Zusammenstöße. Zunächst beantragte die Verteidigung, daß Roth insoweit den Saal verlassen und so Zeit habe, mit den übrigen Zeugen wegen der Waffenfrage zu reden; es kommt hierbei zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorredner und der Verteidigung. Frau Roth bestritt dann die Angaben ihres Mannes, behauptet, man habe ihm die Pistole direkt aufs Herz gehalten, und daß den Ausdruck, daß man auf ihren Einspruch, „das Gewehr nicht mitzunehmen habe“. Die Verteidigung stellt sofort fest, daß Roth vorhin das Vorhandensein von Waffen über sich bestritten habe. Roth wird erneut befragt; er wendet sich heftig gegen die Verteidigung, muß aber das Vorhandensein des Gewehrs zugeben; einen Waffenschlüssel behält er nicht.

Dem Zeugen Schweizer ist der Trupp der Offenburgers auf seinem Heimweg begegnet. Sie haben von ihm einen Karabiner verlangt, den er auch unwillig hergegeben hat. An Einzelheiten erinnert sich der Zeuge nicht mehr. Hoff: Woher war der Karabiner? Geisse: Er ist einmal im Stroh gefunden worden. Hoff: Wollten Sie einen Waffenschlüssel? Wurden Sie wegen des Waffenschlusses bestraft? Geisse: Nein, — Zeuge Bensch hat ebenfalls in seiner Wohnung unwillig einen

Karabiner und ein älteres Gewehr hergegeben, die man nun ihm verlangte, um den Karabiner nicht so ängstlich gewesen sei! Eine große Rolle in den Verhandlungen spielt noch die Herabsetzung der Schülerzahl und die Berechnungsschlüssel 33 Schüler auf 1 Lehrer an erweiterten Schulen in den Gemeinden unter 1000 Einwohnern. Die Regierung berechnet hierfür einen Mehraufwand von 276 000 M. Die Beratungen wurden dann abgebrochen und voraussichtlich am Freitag fortgesetzt werden.

Karabiner und ein älteres Gewehr hergegeben, die man nun ihm verlangte, um den Karabiner nicht so ängstlich gewesen sei! Eine große Rolle in den Verhandlungen spielt noch die Herabsetzung der Schülerzahl und die Berechnungsschlüssel 33 Schüler auf 1 Lehrer an erweiterten Schulen in den Gemeinden unter 1000 Einwohnern. Die Regierung berechnet hierfür einen Mehraufwand von 276 000 M. Die Beratungen wurden dann abgebrochen und voraussichtlich am Freitag fortgesetzt werden.

Karabiner und ein älteres Gewehr hergegeben, die man nun ihm verlangte, um den Karabiner nicht so ängstlich gewesen sei! Eine große Rolle in den Verhandlungen spielt noch die Herabsetzung der Schülerzahl und die Berechnungsschlüssel 33 Schüler auf 1 Lehrer an erweiterten Schulen in den Gemeinden unter 1000 Einwohnern. Die Regierung berechnet hierfür einen Mehraufwand von 276 000 M. Die Beratungen wurden dann abgebrochen und voraussichtlich am Freitag fortgesetzt werden.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteifreizeitars-Karlsruhe
 Karlsruhe, 3. Febr. 1925. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

1. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

2. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

3. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

4. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

5. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

6. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

7. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

8. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

9. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

10. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

11. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

12. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

13. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

14. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

15. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

16. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

17. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

18. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

19. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

20. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

21. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

22. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

23. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

24. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

25. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

26. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

27. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

28. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

29. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

30. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

31. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

32. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

33. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

34. Die Parteifreizeitars-Karlsruhe hat sich am 2. Febr. 1925 in der 29. Sitzung des Parteivorstandes in Karlsruhe abgehalten. Die Beschlüsse sind:

Wasserstand des Rheins

Schifferhölzl 83, gest. 4; Rehl 148; Magau 324, gest. 1; Weinheim 233 Zentimeter.

Bereinsanleger

Der Vorstand des Arbeiter-Schülervereins. Kommen am Sonntag 12 Uhr im Lokal der Kaufmännischen Vereinigung...

Der Vorstand des Arbeiter-Schülervereins. Kommen am Sonntag 12 Uhr im Lokal der Kaufmännischen Vereinigung...

Der Vorstand des Arbeiter-Schülervereins. Kommen am Sonntag 12 Uhr im Lokal der Kaufmännischen Vereinigung...

Der Vorstand des Arbeiter-Schülervereins. Kommen am Sonntag 12 Uhr im Lokal der Kaufmännischen Vereinigung...

Valuta

noch dem Berliner Mittelfuß vom 5. Febr. 1925. In Ausgab- lung: Belgien 21.72 M per 100 belg. Fr.; Holland 169.25 M per 100 holl. Gld.; Spanien 60.06 M per 100 Pes.; Schweiz 81.06 M per 100 Schw. Fr.; Italien 17.49 M per 100 Lire; England 20.111 M per 1 Pfd. Sterl.; Schweden 113.16 M per 100 Kronen; Frank- reich 22.76 M per 100 franz. Fr.; Oesterreich 5.915 1/2 M per

100 000 Kronen; Neuhof 4.20 M per 1 Dollar; Slowakei 12.40 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Samstag, 7. Febr.: Zunehmende Bewölkung, meist bedekt, neuerdings wieder Regen, mild.

Die weiße Woche.

Die Firma Geschwister Knopf stellt und folgendes Gebot zur Verfügung, das Sie heute jugend- lich

Die weiße Woche! Die weiße Woche! So hört man alles rufen; Sein „Knopf“ da eilen sie hinein - Gekämmen fast die Seiten. Was ist da alles aufgebaut - Du siehst dein blaues Wunder. Vom wunderschönen „Mia“ Gut bis zu dem Schuß hinunter. Hier wenig Geld erhebt Du Dich. Hier keine Zeit die Kleider. Wie schön sie nicht bilden kann Der erst Part er Schneider. Und geht die Tochter Hymens Weg Nur immer rein gefahren. Hier kommt Du - „li“ schön beschneit Die Ausbattung ihr kaufen. So einfachen bis feinsten Genre - Komm nur, um auszufuchen! Und bist Du müd' kauftst haben Dich. In Schlafzimmern und Kuch.

Und hast ein Baby Du in Sicht - Das Mitterlein - ein kleines - Ein ganzes Trouseau kauft Du hier für billig Geld - ein feines. Und geht ein Kind zur Kommunion - Kauft Kleider - Strümpf - und Schuhe - Gediegen - schön und jugendlich Beim „Knopf“ in aller Eile. Den feinsten schmückt sein Porzellan - In altbewährter Weise - Selbst Koffer - Mantel - Paraplu - Findest Du hier zur Reise. Nur um, was nur Dein Herz begehrt, Das findet hier's Gemüte. Und überdies bezahlt man's Dir In Knopfen's „Kleeblatt“-Düte.

Wohnsitzender Rat einer alten treuen Kundin seit 1891. 1201 Amelie D. . . . r

Badisches Landestheater. Vorstellung im Städt. Konzerthaus. Freitag, den 6. Februar, 7 1/2 - 10 UHR (4.50). Einmaliges Operetten-Gastspiel (Direktion Max Müller, Schauspielhaus, Worms).

Badisches Landestheater. SPIELPLAN FÜR 7.-17. FEBRUAR 1925.

IM LANDESTHEATER. SAMST. König Richard der Dritte. 7 - 9 1/2 UHR. *G 15, Th.-Gem. 1-300, 801-1000, Volksbühne 6 (4.50). SONNT. Rienzi, der letzte der Tribunen. 6-10 UHR. Neueinstudiert. Große Oper von Richard Wagner (7.-). Fremden- und Schülervorstellung. 6-10 UHR. Faust 1. Teil. (4.50). DIENST. Intermezzo. 7-10 UHR. *E 16; Th.-Gem. 1001-1300 Volksbühne, Sonder-Gruppe. (6.-). MITTW. Liebfrauenmilk. 7 1/2 b. g. 10 UHR. *F 15; Th.-Gem. I. Sond.-Gruppe u. 2001-2.00 (4.50). DONN. Fledermaus. 7-10 UHR. *A 16, Th.-Gem. 2101-2500 (6.-). FREIT. Der Liebestrank. 7 1/2 - 9 1/2 UHR. *G 16, Th.-Gem. III. Sond.-Gr. (4.50). SAMST. Der böse Geist Lumpaci vagabundus oder: Das heiderliche Kleeblatt. 7-10 UHR. *Th.-Gem. II. Sond.-Gruppe (4.50). SONNT. Rienzi, der letzte der Tribunen. 6-10 UHR. In der Neueinstudierung. *B 17 (7.-). MONT. VI. Sinfonie-Konzert. 7 1/2 b. n. 9 UHR. des Bad. Landestheater-Orchesters. Leitung: Gen.-Mus.-Dir. Rudolf Schulz Dornburg-Bochum, Werke von Reger, Scriabine. Th.-Gem. 1501-1700, 2801-3400 (4.50). DIENST. Der Barbier von Bagdad. 7-9 1/2 UHR. Hierauf: Pierrots Sommernacht. *D 19, Th.-Gem. 2501-2800 (6.-).

IM KONZERTHAUS. SONNT. Liebfrauenmilk. 7 - 9 1/2 UHR. (3.80). DONN. Der blaue Vogel. (4.50). FREIT. Das Glas Wasser. 7-9 1/4 UHR. (3.80).

KAMMERSPIELE IM KÜNSTLERHAUS. MITTW. Frau Warrens Gewerbe. 7 1/2 - 10 UHR. Drama in 4 Aufzügen von Bernard Shaw. Th.-Gem. 601-800 Mk. 4.-, 3.-, 2.-.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Verkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 7. nachm. 4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf u. weiterer Umtausch v. Montag, 9. Febr. an Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortrag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9-1. 4-6 Uhr). Die Abonnementskarten für das 5. Sechstel (18. bis einschl. 22. Vorst.) können von Montag, 9. Febr. bis einschl. Do., den 12. an der Theaterkasse eingelöst werden. Der Hausenzug beginnt am Freitag, den 13. (Zustellungsgebühr 20 Fig.)

Bei Ihren Einkäufen berücksichtigen Sie die Inserent... dieser Zeitung.

Kofferhaus Lämmle. 51 Kronenstr. 51. Rindlederne Aktienmappen 7.- bis 8.50. Berufstaschen Gamaschen Rucksäcke.

Hosen diese Woche extra billig Levy. Markgrafenstr. 22.

Einnahme und Ausgabe. stehen oft im Widerspruch. Sie können Ihre Ausgaben verringern, wenn Sie die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ für 50 Pf. das Halbpfund kaufen; ihre Verwendungsmöglichkeit in Küche und Haushalt kennt keine Grenzen, ihre Vorzüge sind unerschöpflich. Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung. Schwan im Blauband frisch gekirmt.

FESTHAUPT. Sonntag, den 8. Februar 1925, nachmittags 1/4 Uhr. I. Großes humoristisches Konzert des Musikvereins Harmonie Karlsruhe, Leitung: Hugo Rudolph Solisten: Herr Kammermusiker Gustav Krenz Mitglied des Nationaltheaters in Mannheim - Xylophon und Pauken - Näheres siehe die Plakate. Eintritt: Erwachsene 80 Pfg., Kinder 40 Pfg. Vorverkauf bei Stadtgarten kassier Bronner.

Billige Woche in Hosen. lange und Sportosen, Anzüge, Mäntel, Joppen, Loden- und Gummimäntel, alles in guter Qualitätsware zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Badische Kleider-Zentrale. Zirkel 30 Karlsruhe. Tel. 4120 gegenüber der Badischen Presse 1148.

BERUFS-KLEIDUNG ALLER ART. Herren-Anzüge Sport-Anzüge Windjacken Vogeler Mäntel Dreiecks-Hosen fedtrane-Hosen Sonntags-Hosen Manchester-Hosen engl. Leder-Hosen Zwirn-Hosen Lodenjoppen sowie sämtliche Sorten Schuhwaren gefertigt billig. Weintraub, Kronenstr. 52.

Grabsteine. Achtung! Achtung! für Erwachsene von Mark 30 an, für Kinder von Mark 10 an. Einfließen und Gedenkplatten entsprechend billiger. 1 Sp.-Grabstein, 1 Spaltstein, 1 K.-Grabstein, 1 Sperrstein, 1 Reitergrabstein, 2 Grabsteine stehend bill. Preis: 1000 an. In der Nähe des Friedhofs. Tel. 1204. Zu verkaufen 2 große vergoldete Spiegel-Konsole mit Marmorplatten, geeignet für Hotel, Pension, Konfektionshaus etc. Dittlerstraße 9. Maskenhofröme werden roh und billig angefertigt von 3 Uhr an Schillerstraße 30 IV.

Staatslotterie! Am 6. Februar 1925 beginnt die Ziehung zur Haupt- und Schlussklasse der 24./250. Preuss. Südd. Klassenlotterie. Gezogen wird täglich bis Ende Februar. Der höchste Gewinn beträgt 1 Million Reichsmark. Ferner werden gezogen 74 000 Gewinne mit zusammen über 16 Millionen Reichsmark. darunter Gewinne zu Mk. 500 000.-, 300 000.-, 200 000.-, 150 000.-, 100 000.- usw. - Jedes dritte Los gewinnt. - Mit 15 Mark, die ein Achtel-Kauflos kostet, können Sie in dieser Klasse netto 100 000 Reichsmark gewinnen. 1180 Ich habe noch Kauflose abzugeben. Zwerg vorm. Götz. bad. Lotterie-Ehnehmer. Hebelstraße 11 und Waldstraße 38. Tel. 4828. Postscheckkonto 17 808.

Durlacher Anzeigen. Brennholz-Ausgabe. Unsere Holzbestände an gemäßigtem Schreiholz werden, solange Vorrat reicht, an jedermann abgegeben. Preis: RM. 1.50 je Zentner ab Gaswert. Durlach, den 6. Januar 1925. 408 Städt. Rärforstamt.

Gemeinde-, Kreis-, und Gebäude-Sondersteuer. Die Zahlungspflichtigen der Gemeinde-, Kreis- und Gebäudebesondersteuer werden hiermit öffentlich aufgefordert, die auf 5. Februar 1925. zu entrichtenden Steuern bis längstens 12. d. Mts. zu entrichten. Wer diese Frist verläßt, hat den gesetzlichen Verzugszinsen und die Veranlagungsgebühren zu entrichten, sowie die Kosten der eingehenden Zwangsverfügung zu tragen. Es wolle bargeldlos besahlt werden. Durlach, den 6. Februar 1925. Stadtkasse.

Seit einer Woche. Ich habe mein reichhaltiges Herrenschneid- werk, auf den Namen Sektor hörend, demjenigen, der ihn mir zuschickt, jetzt in eine Wohnung aus. Siegfried Dichtenberger. Aufmaulstraße.

Manchester. Anzüge und -Hosen für Knaben diese Woche zu ermäßigten Preisen Levy. Markgrafenstr. 22.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 6. Februar

Geschichtskalender

6. Febr. Der russische Revolutionäre Peter Kropotkin in Paris. — 1919 Eröffnung der deutschen Nationalversammlung in Weimar. 1922 Kardinal Raitt wird Papst Pius XI.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Bezirk Weststadt. Sämtliche Mitglieder des Bezirkskomitees und Straßenobere, Jungsozialisten und U.Z.-Genossen werden zu einer wichtigen Besprechung auf Samstag, 7. Februar, abends 8 Uhr, in das Lokal „Unter den Linden“, Ede Poststraße und Kaiserstraße, eingeladen. Die Bezirksleitung.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Bezirk Altstadt. Heute Freitag abends 8 Uhr Versammlung im „Brotwurfgäßle“. Das Ereignis aller Kameraden ist Pflichtsache.

Anton Schneiders Baupläne vor der Strafkammer

Bei der gestrigen Fortsetzung der Verhandlungen stellte der Vorsitzende zu Anfang einige Fragen an den Angeklagten über seinen Verbleib während des Krieges. Er gab zu, in der Schweiz gewesen zu sein und daß er von dort nach Deutschland abgehoben wurde. Es schwebte ein Verfahren wegen Hoch- und Landesverrat, das aber nicht zum Austrag kam, sondern der Angeklagte wurde bis zum Abschluß des Krieges in „Schubhaft“ genommen wegen seiner politischen Umtriebe, denn Schneider war Mitglied der anarcho-sozialistischen Gruppe. Weiterhin wurde der Angeklagte über seine Vermögensverhältnisse befragt. Es stellte sich dabei heraus, daß Schneider den Kaufmann Dehn, Esch und Girsch erst ihre Geld zurückbezahlt hatte nach der Verhandlung im November vorigen Jahres. In einer im Anschluß an die Verhandlung vom 20. November und zugehenden Vernehmung stellte jedoch Schneider fest, daß er z. B. das Geld an den Postkassierer Dehn schon vor der Verhandlung zurückbezahlt habe. Aus den weiteren Aussagen der Sachverständigen, die sich mit Einzelpositionen befaßten, ging nochmals hervor, daß die Herstellung eines Hauses zu dem von Schneider beklagte, gegebenen Preis nicht möglich ist. Der Angeklagte versuchte, die Einmüdigkeit der Sachverständigen zu entkräften. Aber selbst aus dem Gutachten, das von dem Angeklagten geladenen Sachverständigen Fischer-Koben-Baden war zu entnehmen, daß er (Fischer) das von Schneider projektierte Gebäude nicht für 8500 Mark, sondern für 10 570 Mark bauen könne, ohne Reingewinn für Kaufleute.

Nachdem ein von der Verteidigung gestellter Antrag, ein sogenanntes Generalgutachten noch einzuholen, vom Gericht abgelehnt worden war, hielt der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer die Anklage für aufrecht, sowohl bezüglich des unlauteren Wettbewerbs wie auch des Betrugs in drei Fällen, begangen an den Kaufmann Dehn, Esch und Girsch. Der Angeklagte sei sich bewußt gewesen, daß er zu dem angebotenen Preise die Häuser nicht erstellen könne. Schneider hätte sich als großer Finanzmann aufgespielt, ohne jedoch das erforderliche Geld zu besitzen. Der Staatsanwalt beantragte infolge der Gemeingefährlichkeit der begangenen Tat eine Gesamtgefängnisstrafe von 3 Monaten.

Der Verteidiger Schneiders, Rechtsanwalt Diebold, versuchte die Unschuld seines Klienten nachzuweisen, indem er die subjektive wie objektive Tatsache in langen Ausführungen würdigte. Schneider sei ein gärender Geist, ein Visionär, der geglaubt habe, ein Haus für den Preis von 8000 bzw. 8500 Mark herstellen zu können. In diesem Glauben sei er durch sein System, das eine Verbilligung darstellte, bekräftigt worden. Auch ein Betrug habe ihm ferngelegen. Er kritisierte sodann noch, daß dem Antrag auf Ladung des beantragten Gutachters nicht stattgegeben wurde. Die Verteidigungsrede klang aus mit dem Ersuchen, den Angeklagten freizusprechen.

Der Vertreter des Bundes Deutscher Architekten (Neben-Körper) Dr. Becker hob hervor, daß der V.D.A. nicht den Ruin Schn. wolle, sondern es sei ihm darum zu tun, das Schneidersche System als Schwindel und großen Unfug zu brandmarken. Schn. habe das Publikum getäuscht, denn mit 6-8500 Mark könne man

sein Häuschen bauen. Darin liege die Verfehlung. Er bitte um Verurteilung nach dem Antrag des Staatsanwalts.

Architekt Fischer stellte fest, daß sich die anderen Sachverständigen in ihrer Berechnung zuungunsten Schn. um 1908 Mark geirrt haben. Bauart Wieland betonte, daß es auf die Steinart ankomme. Er sei der Meinung, daß die Berechnungen Schneiders von Sachverständigen genau nachgeprüft werden müssen. Architekt Brunisch vom V.D.A. führt kurz aus, daß die Berechnungen Schneiders nicht stichhaltig seien.

Nach dreistündiger Mittagspause wurde um 5 Uhr das Urteil verkündet. Bezüglich des unlauteren Wettbewerbs konnte das Gericht zu keinem Beschluß kommen, da noch weitere Sachverständigen-Gutachten eingeholt werden sollen. Das Verfahren wurde abgetrennt und wird nochmals verhandelt.

Bezüglich des Betrugs nahm das Gericht in allen drei Fällen (Dehn, Esch und Girsch) vollendeten Betrug an. Da der Angeklagte jedoch nicht die Absicht hatte, die Leute dauernd zu betrügen, wurden ihm mildernde Umstände zugestanden und in jedem der drei Fälle zu 500 Mark Geldstrafe, also insgesamt 1500 Mark Geldstrafe verurteilt, sowie die Kosten in der Betrugssache aufgelegt. Im Falle der Unbebringlichkeit tritt eine Haftstrafe von 100 Tagen.

Wie aus der Rechtsbestand Schneiders mitteilt, wurde gegen das Urteil Revision eingelegt.

Die erste Mondfinsternis dieses Jahres

ereignet sich am 8. Februar und ist eine partielle. Sie dauert von 9 Uhr 9 Min. abends bis 12 Uhr 15 Min. morgens und ist im westlichen Teil von Australien, in Asien, Europa, Afrika, Südamerika und dem östlichen Teil von Nordamerika zu sehen. Der Mond wird bis zu drei Vierteln des Durchmessers verfinstert.

Tödlicher Unfall infolge Aufspringens auf die Straßenbahn. Am Marktplatz ereignete sich gestern abend gegen 6 Uhr ein tragischer Unglücksfall. Ein etwa 35 Jahre alter Mann namens Hertzer vom Dürrenweg bei Mühlacker sprang am Marktplatz auf einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 1. Der Mann blieb jedoch mit dem Mantel hängen und kam zu Fall, so daß die Räder des Anhängewagens über ihn hinweggingen und der Körper gänzlich verflüchtigt wurde. Der Tod trat sofort ein. Erst nach Geben des Wagens war es möglich, die geschmetterte Leiche zu befreien. Sie wurde zunächst nach dem Rathaus und von dort nach dem Leichenhaus verbracht. Allen Anschein nach hatte der Mann geschäftlich hier zu tun. Rettenlich sammelte sich eine große Menschenmenge an, so daß die Polizei absperrn mußte, um den durch den Unglücksfall unterbrochenen Straßenbahnbetrieb nachher wieder ermöglichen zu können. Es ist gewiß begreiflich, daß bei einem Unglücksfall sich viele Menschen ansammeln. Aber daß nachher, nachdem alles vorbei ist, die Menschenmenge nicht weichen will, ohne daß sie von der Polizei dazu gezwungen wird, ist geradezu beschämend. Solche Ansammlungen, eine solche Verdrängung der Neuigkeit und Klatschsucht kann doch sehr gefährliche Folgen bringen, indem derartige Ansammlungen wieder neue Gefahren von Unglücksfällen in sich bergen. Etwas mehr Selbstbeherrschung ist sehr notwendig. Im übrigen zeigt der Unglücksfall wieder, daß trotz aller Warnungen das Aufspringen auf die Straßenbahn nicht unterlassen wird. Offenkundig verfehlt dieser furchtbare Unfall nach obiger Richtung seine Wirkung nicht.

Das Gewerkschaftsstatell verweist die Vorstände der einzelnen Organisationen auch an dieser Stelle auf die heutige Besprechung im „Salmen“ hin. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Als deutscher Botschafter in Frankreich. Heber dieses Thema sprach am Mittwoch abend im überfüllten großen Saale der Handelskammer Privatdozent Dr. Gumbel-Heidelberg. Seine interessanten, sehr häufig von einem geistvollen Humor gefärbten Ausführungen schätzten, wie auch in Frankreich die Methoden der Nationalisten die gleichen seien wie in Deutschland. Allerdings bestrebe zwischen den Völkern Deutschlands und denen Frankreichs mancher Unterschied. Dinge, wie sie sich jüngst in Heidelberggetragen haben, wo auf eine Friedebredere eines Franzosen die völligen Studenten mit „Eierköpfe“ wollen wir Frankreich schlagen“ antworteten, solche Tatzlosigkeit, die nur die mangelnde Bildung der „gebildeten deutschen Jugend“ verraten, seien allerdings in Frankreich nicht möglich. Aber der wesentliche Unterschied sei vor allem der, daß die französischen Nationalisten ebenso wie die Linke keinen neuen Krieg wollten. Sicherlich nicht deshalb, weil etwa die Franzosen bessere Menschen seien, sondern weil in Frankreich der Menschenverlust durch den Weltkrieg sehr fühlbar ist, und weil die

gerüsteten Gebiete die Erinnerung wachhalten. Dr. Gumbel ging dann noch auf die aktuellen Fragen, die mit der Nichträumung der Kölner Zone zusammenhängen, näher ein. Auch hier zeigte er, daß er ein Politiker ist, der ruhig und vernünftig die Dinge zwischen Deutschland und Frankreich beurteilt und bewies damit, daß die von nationalistischer Seite gegen ihn geübte Verleumdung der glänzenden beständigen Versammlung, der dann noch eine kurze Aussprache folgte, in der aber kein Gegenübertrat.

Jubiläum. Am Mittwoch feierte der Profurist der Firma Carl Schöpf, Manufakturwaren- und Damenkonfektionshaus, Wilhelm Luipold, sein 25jähriges Jubiläum bei genannter Firma, nachdem derselbe bereits im Vorjahre ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum feiern konnte. Wie die Firma Carl Schöpf in weitesten Kreisen bestens bekannt ist, so ist auch der Profurist, der nun schon eine so lange Reihe von Jahren bei genannter Firma tätig ist, eine allseits geschätzte Persönlichkeit. Dies brachte auch die von der Firma am Morgen gelungene Feier zum Ausdruck, die in den schon geschmückten Räumen der Firma stattfand und eine erhebende Stunde, sowohl für den Jubilar und dessen Familie, wie für das Personal darstellte. Nachdem durch ein wohlgeklungenes Quartett die Feier eingeleitet war, gab der Chef des Hauses, Herr Carl Schöpf, in einer längeren Ansprache, in der er die Entwicklung des Geschäftes seit seinem Aufbruch an den Jubilar für dessen treue Dienstleistung Ausdruck. Als äußeres Zeichen der Anerkennung überreichte er seinem verdienten Mitarbeiter eine schöne Urkunde. Das Personal das in Herrn Luipold einen verständnisvollen Vorgesetzten verehrt, ließ ebenfalls eine schöne Jubiläumsgabe überreichen. Auch von Seiten der Kundenschaft waren Herrn Luipold zahlreiche herzliche Glückwünsche zugegangen.

Brandstiftung. In einem Lagerraum in der Rheinstraße geriet gestern mittig um 12 Uhr ein Korb, in dem sich glühende Zigaretten befanden, in Brand. Das Feuer griff auf die im Lagerraum herumliegenden Stoffe, Kisten und einen Kleiderbügel über, die verbrannten. Das Feuer wurde durch die städtische Feuerwache und Hausbesorger gelöscht. Der Gebäudeschaden dürfte sich auf einige Hundert Mark belaufen.

Unerbittliche Mord. Der Gatte des Schriftstellers Ritter hier wurde von bis jetzt noch unbekannter rufloser Hand eine sehr wertvolle junge Schieferhündin vergiftet. Anzeige ist erstattet.

Maskenball des Musikvereins Harmonie. Der diesjährige Festballmaskenball des Musikvereins Harmonie findet am Sonntag, 8. Febr., abends 7 Uhr, statt. Um einen Anreiz zu schöner und origineller Kostümierung zu geben, sind 10 wertvolle Preise angesetzt. Im großen Festballsaal wird das Orchester des Vereins unter Weiler Rudolphs Stab seine besten Kräfte erlösen lassen, während die Besucher des Bierstümmels durch eine erstklassige Schrammelnmusik bewegt werden. Da die Veranstaltung der Harmonie sehr beliebt sind, wird auch der Harmonie-Maskenball seine Anziehungskraft auf die tanzlustigen Damen und Herren wieder beweisen. Wer aber über das Tanzen bereits hinaus ist die modernen Tänze nicht liebt, hat Gelegenheit, auf der Galerie sich an den Freuden der anderen zu freuen. Die Galerie ist zu diesem Zweck reserviert.

Veranstaltungen

Colosseum. Heute abend 8 Uhr Variete-Vorstellung. Neben-Lichtspiele ab heute: „Düster Lächeln“. 6 Kapitel nach dem gleichnamigen Roman von Charles Dickens mit Jacke Coogan in der Titelrolle. Die Bilder, die oftmals wie lebendig gemordene Titelfiguren wirken, atmen etwas vom Geiste des viktorianischen Englands, wie es in den Büchern des Dichters seine ewig gültige Gestalt gewonnen. Seinen Zauber aber erhält der Film durch Jacke Coogan. Es ist als ob Dickens ihn vorausgesehen hätte, so sehr ist „Düster Lächeln“ die gegebene Charakterrolle für den kleinen Coogan, in der er alle Register seines Könnens ziehen darf. Die rührende Gestalt des verfolgten und gepöbelten Kindes muß jedes Herz rühren. — Im Weltprogramm: „Eine Reise nach Stockholm“. Ein entzückender Naturfilm, der seiner bahnbrechenden Qualität und seiner hervorragenden technischen Durchführung wegen warm zu empfehlen ist. Jugendliche haben Zutritt.

Jugend und Sport

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 5. Bezirk. Am Sonntag, 8. Februar, 10 Uhr morgens, findet im Vereinslokal der freien Turnerschaft in Oberried der Bezirksturntag des 5. Bezirks statt, wozu sämtliche Turn- und Sportvereine Vertreter zu schicken haben, die mit Mandat versehen sein müssen.

Weisse Woche

Teppiche, Gardinen, Bettvorlagen, Linoleum sind in grosser Auswahl neu eingetroffen und kommen besonders preiswert zum Verkauf:

- Tapetery-Vorig. M 12.00 8.00 6.30
- Pflaster in Vorig. M 16.00 12.00 8.00
- Läuferstoffe Jute u Haargarn
 - 67 cm breit Mk 5.00 3.25 2.60
 - 90 cm breit Mk 9.00 6.30 4.75
- Linoleum 67-90 cm breit
 - Mtr. Mk. 4.75 3.75 2.75
- Kaffee- u. Teedecken unter Preis Mk. 6.75 5.75 4.75
- Boden-Teppiche 200/300 cm Mk 48.00 250/350 cm Mk 68.00
- Madras-Garnituren 3 teilig
 - hell Mk. 9.50 6.75 5.50
 - dunkel Mk. 28.00 22.50 18.50
- Leinen-Garnituren gekurb.
 - Mk 28.00 24.00 18.00
- Spannstoffe 130-150 cm br
 - Mtr. Mk. 1.75 1.50 1.35
- Etamine 1.0 cm breit
 - Mtr. Mk. 1.75 1.25 0.98

W. Boländer

Abfall-Späne

vorzügliches billiges Anfeuerholz hat laufend abzugeben, Centner 70 Pfennig ab Lager. Abgabe erfolgt nur ab Lager. 978

Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
Durlacher Allee 58, Kaserne Gottesan.

Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!

Sport-Artikel

jeder Art preiswert und gut
Sport-Haus
Brannath
Karlsruhe
Durlacher Tor

Waren Sie schon bei Knopf?

Die Ausschmückung der Verkaufsräume während der „WEISSEN WOCHE“

ist eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges!

Freitag, 6. Februar, Samstag, 7. Februar und Montag, 9. Februar

Sonder-Angebot unserer Schuhabteilung

Kinderstiefel 18 bis 22 braun 1.95 mit und ohne Fleck schw. 1.50	Damen-Halbschuhe braun oder Lackleder . . . 12.50 10.50 7.90
Kinderstiefel gute Qualitäten 23-26 27-30 31-35 2.75 3.75 4.50	Herren-Stiefel gute Qualität . . 8.75 7.50 5.75
Kinderstiefel Rindbox schw braun 27-30 31-35 5.75 6.50	Herren-Halbschuhe Rahmenarb. mod. Form. 12.50 9.75
Damen-Halbschuhe gute Qualität 5.90 4.75 3.95	Hausschuhe — Tarnschuhe zu enorm billigen Preisen

Jedermann
muss es wissen
und sich davon
überzeugen!

Möbel

jeder Art
wie:
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
Einzelmöbel

wie: Dipl.-Schreibtische, Kleiderschränke, Küchenschränke, Vertikals, Waschkommoden, Nachttische, Bettstellen, Flurgarderoben, Tische, Stühle, Roste, Matratzen, Divans, Chaiselongues usw. usw.

frotz
bester Qualität
u. formschönen Modellen
zu
billigsten Preisen

und
günstigen Zahlungs-Bedingungen
ohne Preisaufschlag

Möbel-
kaufhaus
G. Friedrichs
Distelhorst
32 Waidstraße 32

Freie Lieferung nach jeder Station
innerhalb Badens und der Pfalz.
Ein Kauf führt zur dauernden
Kundschaft.
Kostenlose Aufbewahrung
gekaufter Möbel.

Deutscher Verkehrsband

Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Karlsruhe u. Umgeb.
Kronenstr. 3. — Telefon 3109.

Sonntag, 8. Februar 1925 findet morgen
1/10 Uhr, in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3
unserer jährliche

Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:
1. Geschäfts- und Kasienbericht für das Jahr 1924
2. Bericht der Revisoren.
3. Anträge und Beschlüsse.

Hierzu laden wir die Kollegen und Kolleginnen
freundschaftlich ein. Insbesondere verweisen wir auf
den § 2 Abs. 2 unseres Statutums, wonach
sämtliche Ortsverwaltungsmitglieder, die Re-
visionskommission, Kartelldelegierten, Betriebs-
räte und -Beiräte, Sektionsleiterungen und Ge-
neralversammlungsteilnehmer volljährig zu
erscheinen haben.

Mit kollegialem Gruß!
Die Ortsverwaltung: **Hilber**.

**Einkommener-Borauszahlungen
der Landwirte.**

Es wird darauf hingewiesen, daß die auf
15. Februar 1925 fälligen Einkommener-Boraus-
zahlungen der Landwirte nur in der Höhe von drei
Vierteln des im Festsetzungsbescheid angegebenen
Vierteljahresbetrages zu leisten sind.
Karlsruhe, den 5. Februar 1925.

Finanzamt-Stadt und Finanzamt-Land.

**Eine
erfreuliche
Nachricht!**

Der altbewährte „Freiburger
Frühkaffee“ geht überall
wieder in der vorzüglichen Zu-
sammensetzung der Vorkriegs-
zeit erhältlich!
Verwendungsmöglichkeit
sowohl als selbständiges,
schmackhaftes und gesundes
Kaffee-Getränk, wie als billiges
Streckmittel für Vorkaffee.

Zwangsversteigerung

Freitag, den 6. Febr.,
nachm. 2 Uhr, werde ich
im Pfandlokal, Gein-
straße 23 hier gegen bare
Bzahlung 1. Sollstreckungs-
wege öffentlich versteigern:
a) 1 Sofa, 1 Stuhl, 1
Wasserkocher, 1 Stand-
uhr, 2 Bodenlampen, 4
Leinwandbilder, 1 gezeichnetes
Bild, 2 Paar Handschuhe,
1 Kissenbezug, 3 Kreis-
stühle, 1 Partie Nähma-
schinen, 1 Bier-, 1 Was-
gen, 1 Schreibmaschine,
2 Wägen, 1 Partie buch-
halten, 1 Herrenjahrbuch,
1 Handbagger, 1 Näh-
maschine, 1 Partie Nähma-
schinenteile u. Federn
für Nähmaschinen, 1
Sandwagen, 1 Part. Pack-
papier.
b) 1 Bücherschrank, 1 Dipl.
Schreibtisch, 1 Wasch-
tisch, 1 Stuhl, 1 Was-
kocher, 1 Wass., 1 gr.
Bodenleuchte, 1 Kleider-
schrank, 1 Sofa, 60 kg
Wollentwurf, 4 Sed.
Tabaktabak.
Die Versteigerung der
unter B genannten Ge-
genstände findet bestimmt
statt.
Karlsruhe, 5. Febr. 1925.
Greifer,
Gerichtsvollzieher.

Harmonium

2 Reg. - Mk. 220.-
3 Reg. - Mk. 275.-
13 Reg. - Mk. 380.-
Halbregulierung
Frankfurter.
Pianohaus Lang
Kaiserstr. 167 I, Tel. 1073
Salamander-
Schuhhaus.

Zither-Unterricht

erteilt gründlich Frau
Walter, Zitherlehrerin,
Welfenstr. 7. 1138

Paßbilder

für Reise und Fahr-
karten sofort
Offert-Photos
Billigste Preise
Photogr. Atelier
Ransch & Pester
Erbprinzenstr.

COLOSSEUM
Täglich, 8 Uhr, das vollständig neue
VARIETE-PROGRAMM

Restaurant zur „Stadt Baden“
Ecke Kriegs- und Leffingstraße

Sonntag, 8. Februar, abends 6 Uhr beginnend
**Großes Vokal- und
Instrumental-Konzert**
Es ladet freundlich ein **G. H. Wacker**. 1105

„Zur Brunnenstube“
Mühlburg, Harbstr. 44
Dente, sowie
jeden Freitag
Schlachtfest
fl. Sinner Bier, Münchner Haderbräu, prima
Weiß- und Rot-Wein, von 25 Pf. an.
Guten Mittag- und Abendbisch, Hausnem.
Stratburg, jeden Samstag Schweinestudel.
Karl Schwörer. 1101

Wörtholener-Naturheil-Zentrum, Eberfeld.
Original
SPEZIAL-TEE-KUREN
haben sich glänzend bewährt bei
Gicht - Rheuma - Ischias
Rusten - Verschiebung
Brust - Lungen etc.
Allein Niederlage für Karlsruhe:
Hof-Apotheke, Kaiserstraße 201.

Eier! Abjag! Eier!

Große, gelockerte Kalt-Eier
Stück 10 Pf. 10 Stück 95 Pf.
Große, frische Eier
Stück 13 Pf. 10 Stück 1.28 Mk.
Große, schwere Italiener
Stück 14 Pf. 10 Stück 1.38 Mk.
Abjag-Eier
ganz leicht bejagt
Stück 7 Pf. 10 Stück 65 Pf.
Spezialität: **Amerikanische, reinflockende
Trost-Eier** empfohlen. 1197

Oskar Manhardt
Kaiserstraße 44 Telefon 2182
S. Manhardt Durlacher Allee 32.
Für Wiederbetätigte und
Großverbraucher Sonderpreise.

Palast-Sichtspiele

Herrenstr. 11. Telefon 2502

Ab heute!

Die seit Monaten erwartete größte Film-
schöpfung der Welt:

Quo vadis!!

Historisches Gemälde aus der römischen Kaiser-
zeit, frei bearbeitet nach dem gleichnamigen
Roman von **Henryk Sienkiewicz**
In 10 spannenden Akten.

In den Hauptrollen: 1199

Emil Jannings als **Nero**
Lillian Hall Dervis als **Lygia**

Quo vadis ist der größte Prunkfilm, der je
über die Leinwand lief. Er be-
rauscht das Auge in höchstem Masse und bietet
dem verwöhntesten Geschmack Bilder von ein-
drucksvoller Schönheit u. nie geschaute Pracht.

Anfang pünktlich nachmitt. 3 1/2 Uhr
Sonntags 2 Uhr.

**Wir ersuchen unsere werben Besucher höfl. im
eigenen Interesse die Nachmittagsvorstellungen
berücksichtigen zu wollen.**

PHANKO
Pfannkuch
Für die

Weißer Woche

Sonder-Preise
Schweine-
Schmalz
amerikanisches
Pfd. **93** Pf.
Nußschmalz
reines
Pfd. **64** Pf.
1 Pfund-Würfel
68 Pf.
Deutscher
Schmalz
Pfd. **115** Pf.
Cocosfett
1 Pfund-Zettel
64 Pf.
Margarine
Pfd. von
65 Pf. an

Feinste Allgäuer
Zafelbutter 1/2 Pfd. **50** Pf.
Schweizer- und Allgäuer
Zafelbutter 1/2 Pfd. **60** Pf.
Stets frisch! Direkter Bezug aus
den Produktionsgebieten.

Schweizerkäse
1/2 Pfd. **45** Pf.
1 Pfund **1.70** Pf.
Emmentaler
Stangenkäse
1/2 Pfd. **20** Pf.
1 Pfund **78** Pf.

Corned-Beef
1 Pfd.-Dose **60** Pf.
englisch
6 Pfd.-Dose **3.20** Mk.
englisch
offen
16 Pf., 1 Pfd. **60** Pf.

Leigwaren

Bandnudeln Pfd. **27** Pf.
Bruch-
Maccaroni Pfd. **37** Pf.
Eier-
Bandnudeln Pfd. **39** Pf.
Maccaroni
hartgekochte
Pfd. **44** Pf.
Mehl, Spezial 0 5 **1.13**
Auszugsmehl 5 **1.23**
Weizengrieß 1 Pfd. **27** Pf.

Schweizer **Eier** 10 **1.45**
Italiener **Eier** 10 **1.45**
Schwäbisch sort. u. durchgelichtet

Marmelade

Gemischte Dreifach
Pfd. **20** Pf. | Pfd. **26** Pf.
Gemüse-Erbisen erstklassiges
deutsch. Fabrik
2 Pfd.-Dose **52** Pf.

Kern-Seife

gelbe 200 Gr.-Stück **18** Pf.
weiße 200 Gr.-Stück **23** Pf.
gelbe 400 Gr.-Stück **36** Pf.

Zündhölzer

imprägniert,
weißes Holz
Kasten 10 Schachteln **22** Pf.
Zündhölzer **20** Pf.
Kasten 10 Schachteln
Verland nach auswärt.

Pfannkuch

Weisse Woche

Steingut

- Waschgerätschaften m. neuen Dek. 5.95 4.25 3.75
- Tonnengeräten 15 teil. m. Delft, Gold u. Strf. 14.50
- Klädgeräten 4 teil. mit bunten Dekors . . . 0.95
- Tassen weiß, teilweise mit kleinen Fehlern . . . 0.14
- Satz Schüsseln weiß, gerippt, 6 teilig . . . 1.45
- Bierkrüge innen weiß 1.25 0.95
- Safr- oder Mehlmetzen Zwiebelmuster . . . 1.45
- Milchtöpfe m. Schrift, Zwiebelm. 0.40 0.55 0.65 0.80

Aluminium

- Schmortöpfe mit Deckel Satz 16-24 . . . 9.75
- Essenträger 10 cm . . . 0.80
- Kasserollen mit Holzgriff 0.95
- Milchkügel 2 Liter . . . 2.25
- Obertassen Stück . . . 0.55
- Fleischtöpfe 14 16 18 cm 0.95 1.25 1.45
- Seifenhalter m. Hak. 0.95 0.55
- Käsebüchsen . . . 0.95 0.75

Emaile

- Löffelbleche weiß . . . 2.75
- Wannen 30 cm, grau . . . 1.65
- Fenster-Eimer . . . 0.95
- Eimer 28 cm, grau . . . 1.25
- Milchtöpfe grau 10 11 12 13 cm 0.45 0.50 0.55 0.65

Schuhwaren

- Cord-Hausschuhe offen, m. Ledersohle u. Fleck 1.25 0.95
- Pfläsch-Hausschuhe offen, mit Filz, Ledersohle und Fleck . . . 1.95 1.75
- Filz-Hausschuhe Leders., Lackkappe u. Fleck Paar 3.50
- Baby-Schuhe . . . 0.95 0.75
- D.-Schnür- u. Spangenschuhe Rob.-Chevreux, mod. Formen PAAR 5.95 4.75
- Herren-Stiefel Rindbox Paar 8.75 7.95

Parfümerie

- Blumenseife a Stück . . . 0.35
- Fliedenseife a Stück . . . 0.95
- Badeseife rund, Stück . . . 0.40
- Zahnbürsten Bein oder Celluloid . . . Stück 0.50 0.40
- Gummi-Frisier-Kämme 0.65 0.55 0.45
- Celluloid-Frisier-Kämme weiß . . . 0.75 0.60 0.45
- Haarschmuck Garnitur Kamm und Spange 1.75 1.45

Kurzwaren

- Perlm. Hemdenknöpfe 3 Dutzend . . . 0.25 0.20 0.15
- Perlmutter-Knöpfe Karte à 2 Dutz. 0.40 0.30 0.25
- Körperband weiß, 2 1/2 m-Stück . . . 0.08 0.06
- Schuhstachel schwarz 100 cm 5 Paar . . . 0.25
- Leinwandstirn Stern à 10 m 2 Stück . . . 0.05
- Stecknadeln mit farbigen Köpfen, brief . . . 0.05
- Rüschengummiband Mt. 0.55
- Gummistrumpfband mit u. o. Knopfloch Mtr. 0.20 0.12
- Haubennetze doppelt 3 St. 0.25
- Nahtband schwarz u. weiß 10 Meter 0.30 0.20
- Druckknöpfe gar. rostfrei 12 Dutzend 0.30
- Maschinenfäden 200 Meter 0.11
- Ringband weiß u. creme Mtr. 0.14
- Rolokordel Leinen 7 Mtr. 0.30
- Sockenhalter . . . 0.65 0.45 0.25
- Nähnadeln . . . Brief 0.03
- Zentimeter . . . 0.15 0.08

Stickerei und Spitzen

- Wäschstickereien Meter 0.12, 0.10 0.08
- Wäschstickereien Stück von 4.60 m . . . 0.48
- Stickereien 4-6 cm breit, 0.40, 0.30 0.25
- Unterrock-Stickereien ca. 20 cm br. Mtr. 0.95, 0.75 0.65
- Wäschebänder viele Muster, Mtr. 0.06 0.05 0.04
- Wäschefeston große Auswahl, 0.10, 0.07 0.05

Schürzen

- Kinderhänger in Dürndu. in Größe 40-90 cm Gr. 40 0.95
- Knabenschürzen in einfarb. u. gestreift, in Gr. 40-50 cm Größe 40 . . . 0.95 0.75
- Damenschürzen in Juniper oder türkische Muster oder Streifen, in vorz. Qual., zum Ausstechen Serie I Serie II Serie III 0.95 1.45 1.95
- Damenschürzen in Juniperform l. her. vorz. Qual. u. Ausf. 2.75 2.25
- Hausschürzen . . . 1.45 0.95
- Kleiderschürzen gestr. od. gemustert 5.95 4.25

Blechwaren

- Springformen m. Schwarzblechboden 22 24 26 cm 0.75 0.85 0.95
- Bundformen schwere Qualität . . . 2.45 2.25
- Kartoffelpressen 1.25 0.95
- Bouillionsiebe 12 14 16 18 cm 0.28 0.35 0.40 0.50
- Tortenuntersetzer 0.95 0.75
- Kaffeeseibe . . . 0.10 0.08
- Brotkapseln weiß lackiert . . . 3.95 2.95
- Messerkürbe Draht . . . 0.75

Bürstenwaren

- Kokosbesen . . . Stück 0.55
- Kokoshandligger . . . Stück 0.40
- Schrubber Fibre oder Union . . . 0.30 0.40
- Schmutzbürsten . . . 0.20
- Abseifbürsten . . . 0.40 0.35
- Wichsbürsten . . . 0.95 0.75
- Handwaschbürsten 0.20 0.10

Bestecke

- Kaffeelöffel Aluminium . . . 0.08 0.06 0.05
- Esalöffel oder Gabeln Aluminium . . . 0.15 0.10
- Saucenlöffel Aluminium . . . 0.25
- Küchenmesser . . . 0.35 0.25
- Tafelmesser . . . 0.85 0.65 0.45
- Bestecke m. Holzgriff u. Beschl. Paar 1.65
- Britannialöffel oder Gabeln . . . 0.65 0.55
- Britannia vorleger . . . 2.25

Schmoller

Weisse Woche

bis
einschl. Montag,
den 9. Februar.

Damen-Wäsche

- Träger-Hemden mit Barmer Bogen . . . Stück 1.20
- Träger-Hemden mit 2 Reihen Hohlbaum . . . Stück 1.35
- Träger-Hemden mit 3 Reihen Hohlbaum . . . Stück 1.45
- Träger-Hemden mit Stickerei-Einsätzen u. Hohlbaum, Rumpf bestickt . . . Stück 1.85
- Hosen mit Hohlbaum . . . Paar 1.50
- Hosen mit Hohlbaum und Stoff bestickt . . . Paar 1.75
- Hosen mit Hohlbaumzierung . . . Paar 1.95
- Hosen mit prima Stoff und Stoffvolants und Barmer Bogen . . . Paar 2.10
- Damen-Bundröcke mit Stickerei . . . Stück 4.30, 2.50 1.95
- Damen-Träger-Prinzebröcke mit Hohlbaum . . . Stück 3.20 2.40
- Damen-Prinzebröcke Trikotseide, in verschiedenen Farben Stück 5.90

Untertaillen mit Stickerei und Trägerform

Stück	1.30	1.20	95	85
	1.35	1.45		

Paul Burchard

Badische Lichtspiele für Schule und Volksbildung

Erstaufführung!

Samstag, den 7. Februar nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr

Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 4 Uhr

Montag, den 9. Februar, Dienstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr



„COLUMBUS“

Der Film vom Bau und Betrieb des neuesten deutschen Riesendampfers des Norddeutschen Lloyd Bremen. Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Vortrag: Korv.-Kapitän Roedenbeck
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße
Preise: 1.70, 1.50, 1.-, 0.60 Mark.
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise. 163

Schlafzimmer-Bilder

vergrößert Bilder für alle Räume. Einrahmung
Schlatters Kunsthandlung, Kaiserstraße 38, 4613

Weisse Woche

bis
einschl. Montag,
den 9. Februar.

Handtücher

- Weiß Gerstenkorn Halbleinen Stück 1.00 1/2 Dtzd. 5.90
- Weiß Gerstenkorn Halbleinen Stück 1.50 1/2 Dtzd. 8.75
- Weiß Gerstenkorn Reinleinen Stück 2.20 1/2 Dtzd. 12.75

Gläsertücher

- Weiß-rot kariert . . . 1/2 Dtzd. 1.65
- Weiß-rot kariert . . . Stück 0.55
- Halbleinen weiß rot kariert . . . Stück 0.95 0.85
- Reinleinen . . . Stück 1.50, 1.35 1.20

Tisch-Wäsche

- Tischtuch 130/160 Stück 5.90
- Tischtuch 160/160 Stück 8.40
- Rein- u. Halbleinen Tisch-Wäsche in großer Auswahl

Stoffe für Wäsche-Ausstattungen besonders preiswert.

Paul Burchard